

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (18. 2. 1926)

Das rechtsbrüchige Bodenamt.

Was sagt der Herr Justizminister
dazu?

Das Bodenamt ist die an Umfang und Machtvollkommenheit größte Behörde der Republik. Eine Behörde, die die Transferierung von Milliardenwerten unseres Volkvermögens durchführt, die über das Wohl und Wehe hunderttausender Menschen gebietet. Eine Behörde, deren verantwortlicher Verwaltungsausschuss seit 1922 zu Unrecht amtiert, jener Verwaltungsausschuss, dessen Vorsitzender vor drei Viertel Jahren seinen Posten unter den schwersten Anschuldigungen gegen die Geschäftsabwicklung des Bodenamtes verlassen hat, jener Verwaltungsausschuss, der durch den letzten noch erfolgten Rücktritt des Abgeordneten Bran zu einer arbeitsunfähigen Kumppersonschaft geworden ist. Und schließlich: das Bodenamt ist jene Behörde, deren leitender Beamter vor drei Monaten in eine andere Stellung abgetreten ist, ohne daß man es bisher für notwendig gefunden hätte, seinen Posten neu zu besetzen. Alles das zusammen genommen, heißt hierzulande Bodenamt und wird vielleicht schon in absehbarer Frist als „Amt für agrarische Operationen“ tituliert werden müssen.

Die Tätigkeit des Bodenamtes steht zu Recht und Gesetzlichkeit in demselben Verhältnis, wie seine innere Organisation. Was darüber an sicherlich objektiven Zeugnissen aus dem Lager der Regierungsparteien vorhanden ist, würde die sofortige Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die Inanspruchnahme der Staatsanwaltschaft hinreichend rechtfertigen. Behauptete doch erst dieser Tage das Zentralorgan der tschechischen Volkspartei, daß die im Bodenamt dominierenden Agrarier „ohne Rücksicht auf Gesetz und Gerechtigkeit im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Boden Handel getrieben haben“. Wie das Bodenamt tatsächlich ohne Rücksicht auf Gesetz und Gerechtigkeit arbeitet, dafür sei hier ein vorläufiger Beweis erbracht.

Vor einiger Zeit überreichte eine Deputation unserer Parteigenossen im Bodenamt eine Denkschrift, die von 200 Holzauern und Kleinpächtern der ehemals hohenzollernschen und nunmehr verstaatlichten Domäne Vikritz-Eisenstein im Böhmerwalde unterzeichnet war. Der Wortlaut dieses Dokumentes führt folgenden Tatbestand an: Die beteiligten Holzauer und Kleinpächter meldeten seinerzeit auf Grund des Gesetzes vom 27. Mai 1919 ihren Anspruch auf die künftige Erwerbung ihrer langjährigen Pachtgrundstücke an. Die Herrschaftsverwaltung der Hohenzollern wollte ihren bisherigen Pächtern das erstrebte Erhalten wirtschaftlicher Selbstständigkeit nicht gönnen und bestritt den Kleinpächtern das Einlösungsrecht. In einem ziemlich langwierigen Rechtsverfahren blieben die Pächter siegreich. Die Verfassungsrichte Neuern und Hartmann, die Kreisrichte Pilsen und Pilsel, und endlich der Oberste Gerichtshof betätigten übereinstimmend ihr Einlösungsrecht. Der schwere Kampf war auf allen Linien gewonnen, die Festsetzung des Kaufpreises und die grundsätzliche Einverleibung der Pachtgründe schien nur mehr eine Frage der kürzesten Zeit zu sein. Als indessen die Vorbereitungen zur Verstaatlichung der Domäne getroffen wurden, überraschte die Kleinpächter am 31. Mai 1921 eine Mitteilung der zuständigen Verfassungsrichte, daß das staatliche Bodenamt das Verfahren eingestellt und die Akten an sich gezogen habe. Dieser Schritt wurde rechtlich mit der Paragraph 30 B des Gesetzes vom 1. April 1921 (Novelle III zum Kleinpächtergesetz) begründet, welcher nachstehenden Wortlaut hat:

§ 30b) 1. Zeigt das Bodenamt nach § 2 des Entschädigungsgesetzes dem Grundbuchamt an, daß es die Uebernahme von beschlagnahmtem Boden beschlossen habe, auf welchem Kleinpächter Ansprüche angemeldet haben, so kann das Boden-

amt bei dem nach § 12 zuständigen Gerichte den Antrag stellen, hinsichtlich des übernommenen beschlagnahmten Bodens das Verfahren nach diesem Gesetze einzustellen. Dem Bodenamt obliegt es sodann, bei der Zuteilung des übernommenen Bodens die ordnungsgemäß angemeldeten und gesetzlich begründeten Ansprüche der Pächter durch Zuteilung von Boden gleichen Wertes, der, soweit es sich um die Rechte von Minderjährigen und Anstalten handelt (§ 1b) auch zu demselben Zwecke geeignet sein muß, zu befriedigen.

2. Auf die bereits ins Eigentum zugesprochenen Grundstücke findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Man beachte den eindeutigen Wortlaut dieser Bestimmungen! Auf die bereits ins Eigentum zugesprochenen Grundstücke sollten sie überhaupt keine Anwendung finden. Hinsichtlich der übrigen wird das Bodenamt ausdrücklich verpflichtet, die ordnungsgemäß angemeldeten und gesetzlich begründeten Ansprüche durch Zuteilung von Boden gleichen Wertes zu befriedigen. Den auf die Einstellung des Verfahrens beim Bodenamt intervenierenden parlamentarischen Vertrauensmännern der Eisensteiner Kleinpächter wurde von dem damaligen Vizepräsidenten Rasky auch versichert, daß der Schritt nur eine formale Bedeutung habe und zugleich den Zweck, den Leuten auf kürzerem Wege zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Was ist inzwischen geschehen? Seit 31. Mai 1921, also durch nahezu fünf Jahre, warten die betreffenden Pächter auf die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen des Bodenamtes. Fünf Jahre schon schweben mehr als 200 Familien in Angst und Sorge, in einer niederdrückenden Ungewißheit über ihre weitere Existenz. Klein Fußbreite Boden wurde ihnen ins Eigentum übergeben. Am Gegenteil! Während der ganzen Zeit laufen — wie in der erwähnten Denkschrift ausgeführt wird — unausgesetzt Versuche der Organe der staatlichen Fortverwaltung die Leute müde zu machen und sie zur Preisgabe ihrer Ansprüche zu bewegen. Es ist ein schändliches Spiel, das da mit rechtshaffenen Arbeitsmenschen getrieben wird. Man bedenke: der Staat verweigert ihnen das klare Recht, das sie vorher den Trabanten der Hohenzollern abgerungen haben. Das Bodenamt verweigert seit Jahr und Tag die Erfüllung der Verpflichtungen, die ihm der Buchstabe des Gesetzes auferlegt, staatliche Organe treten als die Saboteure jener Gesetze auf, deren Respektierung anderwärts die Gerichte den Großgrundbesitzern aufgezwungen haben.

Es ist ein ungleicher Kampf, der da angekämpft wird. Auf der einen Seite die Holzauer und Kleinpächter, gestützt auf ihr gutes Recht und auf den Rückhalt der Organisation, auf der anderen Seite die Uebermacht des Unrechts. Jeder Appell an das Rechtsgefühl des Staates und seiner Behörden blieb bisher vergebens. Zahllos sind die Interventionen, die in dieser Sache bereits unternommen wurden, zahllos die unerfüllten Versprechungen, mit denen die Vertrauensmänner wieder heimgekehrt sind. So oft ein Versuch zur ernsthaften Lösung der Frage unternommen wird, greift eine unersichtbare Hand dazwischen. Irgendwo in der Kanzlei eines tschechischen Vereines sitzt ein Herr, der sich vorgenommen hat, auf das Gesetz zu pfeifen und im Interesse seiner tschechischen Parteigenossen zu verhindern, daß die gehörenden deutschen Arbeitsmenschen auch nur einen Quadratfuß jenes mageren Waldbodens bekommen, den ihre Väter einst gerodet und im Schwelge ihres Angehörtens durch Jahrzehnte betretet haben. Ein Beispiel nur von diesem Treiben: Als Rede für die geschwundene Haltung des Bodenamtes wird Deputationen gegenüber behauptet, daß die angeforderten Grundstücke Enklaven darstellen, die nicht ins Eigentum abgetreten werden können. Nun verhandelte im Frühjahr 1925 ein Vertreter des Bodenamtes in Eisenstein mit den Kleinpächtern, die sich erbötig machten, den Beweis zu erbringen, daß es sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht um Enklaven handelt. In Gegenwart von Parlamentariern sagte

Kabinettskrise in England?

Chamberlain wegen des polnischen Ratsabes exponiert.

London, 27. Feber. (S.D.N.) Wie „Daily Graphic“ schreibt, brach im britischen Kabinett bei der Behandlung der Frage der Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerbundrat an Polen unerwartet eine Krise aus. Nach dem Blatte zirkulierte gestern in den Wandelgängen des Unterhauses das Gerücht, daß Chamberlain, dessen Ansichten von seinen Kollegen nicht geteilt werden, bereit sei, seine Demission zu geben, falls ihm die Regierung in Genf nicht volle Handlungsfreiheit lassen würde. Chamberlain habe antäglich seiner kürzlichen Durchreise durch Paris Briand gegenüber wahrscheinlich gewisse Verpflichtungen übernommen und wolle des-

halb keine Formel annehmen, welche ihn in Frankreich Briand gegenüber als wortbrüchig hinstellen könnte.

London, 27. Feber. (Reuter.) Im Ministerkreise erklärt man das Gerücht für lächerlich, daß Chamberlain wegen Meinungsdivergenzen mit seinen Kollegen in der Frage des ständigen polnischen Ratsabes seine Demission geben wolle. Gestern verhandelten die wichtigsten Kabinettsmitglieder in dieser Frage mehr als sechs Stunden. Am Abend hatte in die Frage Ministerpräsident Baldwin eine Konferenz mit Chamberlain.

Ungarns Abgabe an Beneš.

Dem Garantiepakt fehlen die psychologischen Voraussetzungen.

Budapest, 27. Feber. (M.Z.) Am Schlusse der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde eine schriftliche Antwort des Ministers des Innern Ballo auf eine Interpellation des Abg. Stefan Rakovsky bezüglich der am 16. Feber gehaltenen Rede des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš verlesen. In der Antwort heißt es:

Aus der Erklärung des Herrn Beneš geht hervor, daß er die ungarische Lage vollkommen verkennt. Das Milieu „weder Krieg noch Frieden“ ist kein speziell ungarisches, sondern ein durch die Friedensverträge geschaffenes Milieu. Diese Friedensverträge haben zwar dem Kriege ein Ende bereitet, sie haben jedoch sozusagen in ganz Europa nirgends den wahren Frieden gebracht. Diese Zustände, dieses Milieu zu konservieren und ausrecht zu erhalten, ist gerade Ungarn am wenigsten bestrebt, das den wirklichen Frieden will. Gerade aus diesem Grunde stimmt mit den ungarischen Bestrebungen und Auffassungen auch die Feststellung des Herrn Beneš nicht

überein, wonach wir mit unseren Nachbarn eine ernste Verständigung nicht wünschen. Eine Verständigung zustande zu bringen, steht allerdings nicht mehr im Interesse unserer Nachbarn, als in unserem Interesse. Wir können freilich eine wirklich aufrichtige Verständigung wünschen, also eine solche, welche nicht auf einseitigem Diktat, sondern auf der Anerkennung unserer Gleichberechtigung, auf der Respektierung unserer gegenseitigen Rechte basiert.

Sobald dies auch jenseits der Trianoner Grenzen eingesehen wird, werden auch die psychologischen Vorbedingungen der Verständigung gegeben sein. Vereinbarungen, die ohne solche Vorbedingungen geschlossen werden würden, können nicht nur von keinem Nutzen sein, sondern sie würden nur eine augenblickliche Verhüllung der Gegensätze mit sich bringen, ohne daß diese wirklich aus der Welt geschafft oder überbrückt würden.

Vor der Verhaftung Telekis.

Einmal droht dem andern mit Enthüllungen.

Budapest, 27. Feber. (Eigenbericht.) Graf Emerich Karolyi hat gestern erklärt, daß er seine Mitteilungen über Teleki, daß dieser die Beziehungen zwischen Windischgrätz und Gerö vermittelt habe, auf Grund eines Dokumentes gemacht habe, das zu amtlichen Zwecken verfertigt wurde und von einem der Hauptbeteiligten in der Verfassungskrise stammt. Es wird angenommen, daß dieses Dokument eine Eingabe des Windischgrätz an den Grafen Bethlen darstellt.

Obwohl seit der belastenden Aussage Karolyi bereits 24 Stunden vergangen sind, hat Teleki darauf noch nicht direkt geantwortet. Er erklärte heute im Parlament Abgeordneten gegenüber, daß auch er einen Schloßler in der Hand habe, er davon aber nur im geeigneten Momente Gebrauch machen werde, sowie daß er das letzte Wort in dieser Angelegenheit haben werde.

Auf Grund dieser letzten Vorgänge vor und hinter den Kulissen ist es höchst wahrscheinlich, daß Teleki noch in den nächsten Stunden verhaftet werden dürfte. Die genannte Erklärung wird als gegen Bethlen gerichtet gedeutet, daß, wenn dieser seiner Verhaftung zustimmen würde, Teleki mit Enthüllungen auch gegen Bethlen herandrücken würde.

würde? Sollte es so weit kommen, so wird — das können wir heute schon versprechen — keinem der schuldigen Faktoren das volle Maß der Schande erspart bleiben.

Es handelt sich da um keine lokale Angelegenheit, sondern mehr um ein Faktum, welche Methoden bei der Durchführung der Bodenreformgebiete eingetiffen sind, deren Kaufschubbestimmungen ohne die den weitesten Spielraum für behördliche Willkürakte bieten. Eisenstein ist ein Beispiel dafür, was die übrigen Randgebiete bei der geplanten allgemeinen Waldverstaatlichung zu erwarten haben. Sollte bei der Durchführung dieser Großaktion die mit ihren Daseinsinteressen beteiligte ansässige Bevölkerung wiederum völlig ausgeschaltet werden, und sollte sich die Ansicht jener tschechischen Parteigenossen durchsetzen, die da predigen, daß den Deutschen bei der Einlösung der Pachtgründe schon zuviel gegeben wurde, und daß man ihnen jetzt jedes erreichbare Stück Pachtgrund wieder wegnehmen müsse, dann kann man mit klarer Bestimmtheit sagen: Es gibt keinen kürzeren Weg, die ruhigen, friedliebenden Arbeitsmenschen der Grenzgebiete zum Treuebewusstsein zu erziehen!

Ein Werbe- und Kampftag!

Das soll für den sozialdemokratischen Arbeiter, für die organisierte Genossin jeder Tag ihres Lebens sein: Werbe- und Kampftag. Denn jeder Sozialdemokrat weiß, daß nur Vermehrung der Befehrer und Kampfer, Durchdringung der ganzen Masse des Proletariats mit sozialistischen Ideen den Fortschritt unserer Bewegung sichern. Vom guten Genossen ist deshalb das ständige Bedachtnehmen auf die Möglichkeit des Werbens, des Ueberzuges als Indifferenten, des Gewinnens neuer Parteimitglieder gar nicht zu trennen. Und Kampf ist das ganze Leben des Arbeiters; Kampf gegen die Härten und gegen die Notizen des Lebens, Kampf gegen den Klassengegner, Kampf auch gegen die Versuche, die Arbeiterbewegung durch sozialistische Phrasen zu lähmen. Aber so sehr Werben und Kämpfen zum ständigen Lebenselement des Sozialdemokraten und der Sozialdemokratin gehören, so notwendig ist es doch, gelegentlich alle Kräfte zusammenzufassen, entweder zu besonderen Kampfabendungen oder zu einheitlichem Ansturm gegen den Indifferentismus. Auch an solche besondere Kampftage und an solche besondere Werbezeiten sind unsere Genossen und Genossinnen gewöhnt.

Nun aber rufen wir sie zu einem Werbe- und Kampftag ganz besonderer Art, zu einem sozialistischen Tag, wie er jährlich nur einmal wiederkehrt, zum sozialdemokratischen Frauentag, für den diesmal der 21. März, der dritte Sonntag des kommenden Monats, bestimmt wurde.

Ist dieser Frauentag denn eine Angelegenheit der ganzen Partei? Ist er nicht ein Ereignis, das bloß unsere Genossinnen beschäftigt? Viele Arbeiter mögen so denken. Wir aber sagen ihnen, daß diese Meinung falsch ist, daß der Frauentag so wenig eine Sache der Frauen allein ist, wie etwa die Gewinnung der Frauen für den Sozialismus und die Befreiung der Frau. Der Frauentag ist eine Aktion der Gesamtpartei und dazu, ihn groß und wirkungsvoll zu gestalten, ist die Mitwirkung der Genossen ebenso notwendig wie die der Genossinnen.

Die Forderung nach Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frau nicht nur in der Politik, sondern im gesamten Leben, ist für den Sozialisten nicht eine Frage der Anpassung an eine nun einmal bestehende Strömung unter den Frauen, sondern sie ist für ihn einer der wichtigsten sozialistischen Grundfäden. Sein Ideal der Menschheitsbefreiung ist nicht erfüllbar ohne die Befreiung der Frau. Aber bedarf es, wenn der Kampf für alle politischen und sozialen Frauenforderungen für die sozialdemokratische Partei eine Selbstverständlichkeit ist, dann noch eines besonderen Frauentages? Ja!

Denn zweifachem Zweck dient der Frauentag. Er soll für die besonderen Forderungen der Frauen wirken: für die Forderungen nach Gleichstellung der Frau, nach ausreichendem Kindergeld, nach ausreichendem Mutterschutz, nach Reform des barbarischen Paragraphen 144 — zu welchen Forderungen sich in diesem Jahre natürlich noch gefellen die Forderung nach Abwehr der verhängnisvollen Steuerpläne der Regierung, und zu denen sich gefellen die selbstverständlichen Parolen: für die Völkerverständigung! für den Sozialismus! — Für diese Forderungen sollen nicht nur der Öffentlichkeit gegenüber demonstriert werden, gegenüber den Herrschenden, sondern für diese Forderungen soll am Frauentage auch gearbeitet werden in den Leiden noch so großen Massen jener arbeitenden Frauen und Mädchen, die bisher noch nicht erfaßt wurden. Von der gewaltigen Bewegung des sozialistischen Proletariats. Der Aufrüttelung der arbeitenden Frauen und Mädchen aus dem Banne der Tradition, aus den Banden der politischen Gleichgültigkeit,

Mussolini heßt schon wieder.

Das Reichsbanner paßt ihm nicht. — Die gefährliche Feuerwehr in Südtirol. — Polen findet keine Unterklügung.

Paris, 27. Feber. Der italienische Ministerpräsident Mussolini suchte in einem Interview mit dem römischen Korrespondenten des „Petit Parisien“ seine letzte antideutsche Rede zu rechtfertigen. Er erklärte unter anderem, man müsse die Drohungen des Pan-germanismus brandmarken. Die Reichsbannertragung in Hamburg stelle die Republikaner, die Gegner des preussischen Militarismus, ins rechte Licht. Was nun sie? Sie machen Paradezüge mit Hunderten von Fahnen und unter ihnen marschieren die österreichische Delegation, die ganz besonders ein Gegenstand großer Quationen ist. Die Deutschen vergessen nicht, sie geben ihre alten Träume nicht auf. Das beweise am besten, daß Mussolinis Intervention gerechtfertigt und notwendig war.

Ueber die Südtiroler Frage äußerte sich Mussolini folgend:
Ich habe kürzlich eine Reise durch das Ober-Eisgebirge gemacht. Dort ist alles deutsch. Beamte, Lehrer, Alerus, Eisenbahn und Post. Man sprach nur deutsch und sang Lieder, die, wenn man sie in Rom gesungen hätte, sofort die Verhaftung der Sänger nach sich gezogen hätten. Für eine Bevölkerung von 250.000 Einwohnern, Italiener inbegriffen, gab es 24.000 Feuerwehrlente, in Wirklichkeit waren alle diese Feuerwehrlente bewaffnet. Ich habe da etwas Ordnung hineingebracht. Ich habe die Feuerwehrlente aufgelöst und habe die Gewehre eingezogen. Heute sind sie durch Zivilisten ersetzt, vier oder fünf Mann pro Dorf und es brennt nicht mehr als früher. An der Grenze habe ich das Gesetz in Kraft gesetzt, nach dem ohne Regierungs-erlaubnis niemand auf 30 Kilometer Breite sich ansiedeln darf. Ueberall ist der italienische Sprachunterricht jetzt obligatorisch. Post- und Eisenbahnbeamte sind italienisch.

Wir betreiben die intensive Romanisierung des Ober-Eisgebirges.

aus knechtlicher Gesinnung und demütiger Schicksalsergebenheit, der Gesinnung der Hirne und der Herzen der proletarischen Frauen und Mädchen für den Sozialismus, der Revolutionisierung der Frauen soll der Frauentag dienen!

Macht es diese große Bedeutung des Frauentages nicht jedem Genossen zur Pflicht, seine Kräfte einzusetzen für die Vorbereitung, dieses Tages? Was die sozialdemokratischen Männer tun können, um diesen Frauentag zu einer großen Kundgebung des Volkes der proletarischen Frauen und zu einer Aktion voll hinreichender Werbetaft zu machen? Nun, vor allem ist es die Pflicht jedes Genossen, seine Frau zu Besuch der Kundgebungen am 21. März zu veranlassen, seine Frau bekanntzumachen mit der Bedeutung des Frauentages, und ebenso ist es die Parteipflicht jedes Vaters, seine heranzwachsenden Töchter zur Teilnahme an diesen Kundgebungen zu bewegen. Und wenn zu befürchten ist, daß die Pflicht der Betreuung kleiner Kinder die Mütter zwingen könnte, dem Frauentag fernzubleiben, dann soll an diesem Tag der Vater für ein paar Stunden die Kleinen in seine Obhut nehmen. Und dann: in den vielen Betrieben, in denen Frauen und Mädchen beschäftigt sind, sollen unsere Genossen die kommenden Wochen ausnützen zur Propaganda des Frauentages in den Reihen ihrer Arbeitskameradinnen.

Nicht alle proletarischen Männer, auch nicht alle organisierten Genossen, werden ohne weiteres

bietes mit italienischen Familien.

Wir werden tausende Familien früherer Kriegsteilnehmer dort als landwirtschaftliche Arbeiter ansiedeln. Wir werden das Land italienisieren. Es gibt Drohungen, gegen die man sich schützen muß. Die pangermanische Drohung ist eine solche.

Mussolini verweist dann auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Gefahr, die Frankreich und Italien einander näher bringen müsse. Dann werde das Gleichgewicht gegen den germanischen Block geschaffen sein.

Zur Frage der

ständigen Ratsfide erklärte er, er werde Polen zweifellos bei seiner Kandidatur unterstützen. Polen sei ein großes Land mit 30 Millionen Einwohnern, sei erst im Kriege entstanden und habe große Interessen zu verteidigen. Sein Platz sei also im Völkerbundrat, und zwar gleichzeitig mit Deutschlands Eintritt und nicht nach ihm. Wenn Deutschland allein in den Völkerbundrat eintrete, werde es sich später den Eintritt Polens mit Konzessionen bezahlen lassen.

Das Wüten des Falco.

Aberkennung der Staatsangehörigkeit ungewisser italienischer Emigranten.

Rom, 27. Feber. Die „Razione“ berichtet aus Florenz, daß die Kommission, die den Emigranten die Staatsangehörigkeit aberkennen soll, demnächst zusammentreten werde. Es sollen u. a. die Staatsangehörigkeit verlieren: der ehemalige Ministerpräsident Ritti, Prof. Salvemini, der ehemalige Leiter des christlichsozialen „Popolo“, Donati, der Syndikalist De Ambris, der in der Schweiz befindliche ehemalige sozialistische Abgeordnete Tonello und der in Amerika verhaftete ehemalige sozialistische Abg. Bacireta.

bereit sein, diese Pflichten zu erfüllen. Denn noch haben nicht alle Genossen erkannt, daß es ihre sozialistische Pflicht ist, für die Erfüllung der Frauenforderungen mitzukämpfen, noch lebt auch in vielen proletarischen Männern ein Stück vom Kleinbürger, noch gibt es auch in unseren Reichen Männer, die am Herrenstandpunkt gegenüber den Frauen festhalten. Darum gewinnt der Frauentag auch Bedeutung innerhalb der Partei, denn er gibt Anlaß und Möglichkeit, auch innerhalb des organisierten Proletariats für den großen Gedanken weiblicher Gleichwertung und Gleichstellung der Frau zu werben, dafür, daß die Frau dem Manne gleichgestellt werde auch in der proletarischen Familie, — dafür, daß sie dem Manne nicht Untergebene, sondern Freundin, Kameradin und Genossin werde.

Die Frage seiner Stellung zur Frau ist eine Prüfungsfrage für den Sozialisten. Wir wissen, daß mancher Genosse diese Prüfung noch nicht bestehen würde. Sorgen wir dafür, daß die Zeit der Vorbereitung für den Frauentag und der Frauentag selber zur Aufklärung auch unserer Genossen benützt wird und sorgen wir, Genossen und Genossinnen, gemeinsam dafür, daß der Frauentag zur Vermehrung des Heeres flammendwüthender Kämpferinnen führt und damit zur Stärkung der Gesamtkraft des Proletariats für das Ringen der ganzen Klasse um Befreiung aus dem Elend, aus dem geistigen und physischen Zwang, in die der Kapitalismus sie geführt!

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwäher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska von Emil Droonberg.

Es konnte in der Tat auch nur eine oder zwei Minuten gedauert haben, die Escher aber in seiner feberhaften Erwartung von endloser Länge erschienen, als um eine Flußbiegung herum ein kleines Boot in Sicht kam. Das Mondlicht lag hell genug auf dem Flusse, um Escher schon in der Ferne jede Einzelheit unterscheiden zu lassen.

Es war von zwei Männern besetzt und ein gewöhnliches Boot, dem aber an keinem Ende ein Außenbordmotor angehängt war, der nach Bedarf befestigt und auch wieder abgenommen werden kann.

„Boat ahoi!“ rief Escher. Denn wenn er auch die Insassen ihren Gesichtsziügen nach noch nicht erkennen konnte, so war er doch sicher, daß Lynn keiner von ihnen war, und diesen allein gegenüber wäre Voricht geboten gewesen.

„Ahoi!“ kam die Antwort.

Die Gestalten am Feuer mußten den beiden Männern im Boote wohl schon die Ueberzeugung gegeben haben, daß es sich um Leute handelte, die Hilfe nötig hatten, denn gleich darauf, und jetzt schon aus bequemem Aufweite, kam die Frage:

„Was ist los mit euch, Vohs?“

„Mein Gott,“ schrie Escher, „sind Sie das, Kane?“

„Wird wohl sein,“ rief Kane lachend zurück. „Sie sind aber so ziemlich der letzte, Escher, den ich hier zu finden erwartet hatte, Eigen wohl wieder

mal in der Klemme, wie gewöhnlich? Schiffbruch, he?“

„Geraten.“

Das Boot lenkte schon nach dem Ufer herüber. Zwei Minuten später schenkte sein Kiel auf dem Uferlande und Kane sprang heraus.

„Bleiben Sie im Boote!“ gebot er dem anderen Insassen. Es war derselbe Mann, der ihn schon von Juneau aus begleitet hatte.

„Wo kommen Sie hierher, Kane?“ fragte Escher, ohne auf den Blick zu achten, mit dem dieser die beiden wunderlichen Gestalten am Feuer musterte.

„Das sollte ich wohl eher Sie fragen.“

„Oh, das ist schnell erzählt. Ich will nach Dawson und von dort wieder nach Fort Yukon. Wir stiegen aber mit einem Gasolinboot zusammen, und unser Kanu brach dabei in Stücke.“

„Dann sind das wohl Ihre beiden Stücke, die wir aufgefischt haben?“

Er deutete auf die beiden Stücke, die mit anderen ähnlichen im Boote lagen und denen Escher noch gar keine Beachtung geschenkt hatte.

„Kane, Sie sind der prächtigste Mensch, den ich jemals gesehen habe. Erscheinen stets in dem Augenblicke, wo man Sie am nötigsten braucht.“

„Gewohnheit,“ sagte Kane. „Aber es gibt Leute, die das Gegenteil behaupten würden. — Wie weit ist der Karibu-Creek von hier?“

„Oh, vielleicht fünfzehn bis zwanzig Meilen. Wollen Sie dahin?“

„Ja. Ich interessiere mich für einen Mann in dem Gasolinboote, an dem Sie sich die Nase eingerannt haben.“

„Murphy?“

„Man mit Namen McPhee.“

„Ich denke, Sie interessieren sich für Lynn?“

„Der Mensch braucht einmal Abrochslung. Augenblicklich interessiert mich dieser McPhee mehr.“

„Der läuft Ihnen nicht davon. Lassen Sie uns hier Kamp machen für die Nacht. Sie müssen morgen mit mir nach Dawson zurück. Ich habe viele Neuigkeiten für Sie.“

XIX.

An der Grenze der Welt.

Es war Frühling am Yukon; der strahlende, wunderbare Frühling, der den todesstarrten eisigen Winter von dem feuchtsüßlichen, moskitoerfüchten Sommer trennt. Die Vögel sangen im Walde und ihre schmelzenden Stimmen klangen seltsam hinein in das Dröhnen der Eisschollen, wenn sie auf ihrem langen Wege nach dem Beringsmeer in dem schwarzgrauen Wasser aneinander stießen.

In den niederen Tälern war der Schnee schon verschwunden und der grüne, mit tausendfarbigen Blumenmustern durchwirkte Teppich der Erde schimmerte in glänzendem Sonnenlicht.

In Fort Yukon herrschte dasselbe Leben, dieselbe umfangreiche Bautätigkeit und dasselbe Kommen und Gehen von Goldgräbern, einzeln und in ganzen Kolonnen, wie in allen an den Hauptverkehrsadern des Landes gelegenen Plätzen. Bereits waren auch Telegraphenarbeiter beschäftigt, Masten in die Erde zu setzen und den Draht von hier bis Dawson zu spannen, während andere Kolonnen daran arbeiteten, ihn von Dawson über die Pässe nach Skaguay weiterzuführen.

Eileen war mit dem Ehepaar, in dessen Begleitung sie reiste, vor ein paar Tagen hier angekommen. Anstatt als Prospektor in die Berge zu ziehen, hatte sich der Mann entschlossen, in Fort Yukon zu bleiben und ein Boardinghaus zu errichten. Auf dem Wege nach hier und besonders auch in der Stadt selbst hatte er zu viele getroffen, die ruiniert und von allem entblüht aus den Goldfeldern zurückgekehrt waren. Als praktischer Geschäftsmann wollte er nicht einer Aussicht nachjagen, bei der man auf jeden Erfolg, den sie dem

Inland.

Dr. Englis und die Zinobank. Das „Pravda“ leuchtet im Zeitartikel ein wenig in die Klaffen des von der Zinobank geführten Kampfes gegen den Finanzminister Dr. Englis. Die Zinobank habe durch den Wohlstand — und dies ist eines seiner charakteristischen Ergebnisse — das Monopol auf den Finanzministerium verloren, weil die nationaldemokratische Partei eine Ermäßigung erhalte. Dr. Englis habe nur Zinobank so schlechte Beziehungen, wie seine Vorgänger gute hatten. Kein Wunder, daß die Zinobank und ihr politischer Exponent, die nationaldemokratische Partei, Dr. Englis alle möglichen Schwierigkeiten mache, welche sein Werk unmöglich machen sollen. Es begann mit dem Börsenmanöver gegen die sogenannte Konsolidationsanleihe: die Börsenspekulanten bekämpften diese Anleihe und stürzten ihren niedrigen Kurs, noch bevor sie überhaupt aufgelegt wurde. Dr. Englis mußte weiter, offenbar deshalb, weil der Ministerpräsident der Agrarpartei und der Innenminister der Christlichen Volkspartei seinen Mut gehabt haben, die unpopuläre Staatsbeamtenvorlage verteidigen. Die „Novodni List“ seien ihm böse und tun so, als ob ihnen an Englis das nicht ansehe, daß er auf die Unmöglichkeit gewisser Abänderungsanträge hinweise. Die wahren Gründe lägen anderswo: Dr. Englis ist nicht im Verwaltungsrat der Zinobank und deshalb „weg mit ihm!“ — Obwohl wir, ebenso wie das „Pravda“ sind, jedenfalls aber noch in weit stärkerem Maße, die Bedrohungspläne Englis, die sich in, wie die Finanzmaßnahmen jedes Finanzministers im kapitalistischen Staate auf bürgerlich-enspringender Grundlage bewegen, bekämpfen, wird unser Platz im Kampfe Englis gegen die Zinobank und ihre politischen Trabanten, von Kramat bis Hubec, nicht auf Seiten der Gegner des gegenwärtigen Finanzministers sein.

Für die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages.

Zeit fünf Jahren kämpfen unsere Abgeordneten um die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für die Angehörigen der zu militärischen Diensten Einbezogenen. Nun rühren sich in dieser Frage auch die schicksalichen Sozialdemokraten. Wie der „Dach Cohn“ meldet, hat der Klub der schicksalichen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag auf die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für Familien Eingerückter eingebracht. Dieser wird mit folgendem begründet: „Es ist Pflicht des Staates, sich der Familien solcher Personen anzunehmen, welche zum Militärdienst eingezogen wurden. Die Pflicht besteht für den Staat nicht nur im Mobilisierungsfalle, sondern auch dann, wenn der Betreffende um aktiven Dienst oder auch zur Waffenübung einrückt. Diese Frage ist zwar teilweise, jedoch immer noch in vollständig ungenügender Weise, durch verschiedene Gesetze geregelt. Es werden Unterhaltungen von 2,20, 2.— und sogar 1,80 Kronen ausbezahlt. Dabei werden den Beschäftigten noch verschiedene Schwierigkeiten bereitet; sie haben eine 75prozentige Arbeitsunfähigkeit nachzuweisen und doch herrschen oft verschiedene andere Umstände, wie Arbeitslosigkeit, größere Kinderanzahl usw., welche es den betreffenden Personen nicht gestatten oder unmöglich machen, sich selbst erwerbsmäßig zu betätigen. Durch die bestehende Ordnung sind viele Familien Eingerückter dem größten Elend preisgegeben. Dieser Zustand ist unhaltbar und soll durch das beantragte Gesetz aufgehoben werden. Der Unterhaltsbeitrag, welcher sich auf die durchschnittliche Einkommenshöhe des Eingerückten in den letzten drei Monaten richtet, beträgt nach unserem Antrag 5.— 4.— und 3,80 Kronen.“

Der Ministerrat abgelehnt. Der gestrige Ministerrat wurde abgelehnt, da Ministerpräsident Svoboda bisher noch „unpäßlich“ ist.

einen brachte, tausend Mißerfolge der anderen rechnen konnte. Es gab Goldgruben genug in den Städten, ohne daß man nötig hatte, sie unter Mühen und Entbehrungen in den Bergen zu suchen und nicht zu finden.

Eileen hatte ursprünglich die Absicht gehabt, sogleich in einem Boote die Weiterreise nach dem Footaliqua-Creek anzutreten, denn sie konnte die Ungebild, ihren Vater zu sehen, kaum mehr bezwingen. Der Mann Williams war sein Name, hatte ihr aber den sehr vernünftigen Rat gegeben, doch erst einmal im Orte Erkundigungen einzuziehen.

Am nächsten Morgen suchten sie einen Landagenten auf.

Es war eine winzige Office mit einem Eingang direkt von der Straße, zu dem man aber nur auf einem aus Holzplanen hergestellten für Fußgänger bestimmten Seitenwege gelangen konnte, da man auf der morastigen Straße oft bis über die Knöchel in den scharfen Lehm einsank.

Als Eileen mit ihrem Begleiter die Office betrat, fanden sie sich in einem engen Raum, der von einem nebenan befindlichen Arbeitsnachweiskbüro durch einen Bretterverschlag abgeteilt war und durch eine Ladentür in zwei ungleiche Hälften geteilt und so noch mehr verengt wurde.

In einer Stadt, in der die Nachfrage das Angebot um das Hundertfache überstieg, mußte jeder Winkel ausgenützt werden. Weder die Enge des Raumes, noch die Dürftigkeit seiner Einrichtung könnten daher irgendwie als Maßstab für den Umfang der hier abgeschlossenen Geschäfte gelten. Alles, von dem hinter der Ladentür sich befindenden und mit Stößen von Papieren bedeckten Schreibtisch angefangen bis zu der an der gegenüberliegenden Wand auf einer leeren Kiste aufgestellten Schreibmaschine, auf deren Tasten ein junger Mann emsig herum hämmerte, zeigte denn auch an, daß diese beträchtlich sein mußte. (Fortsetzung folgt.)

Donnerstag Debatte über die Sprachenver-
ordnung? „Veder“ zufolge ist es nicht ausge-
schlossen, daß die Debatte über die Sprachenver-
ordnung schon Donnerstag im Parlament statt-
findet. Der Vorsitzende des Initiativkommisses,
Dubich, und Berichterstatter Dr. Hajn, wurden
aufgefordert, die Gründe der Ablehnung des oppo-
sitionellen Währungsnotums im Initiativkom-
miss schriftlich niederzuliegen.

Bethlens Antwort an Benes.

Benes Feststellungen zumeist Kombinationen.

Budapest, 27. Feber. Der Abgeordnete der
Regierungspartei Emerich Sej richtete heute in
der Nationalversammlung an den Ministerprä-
sidenten Bethlen eine Anfrage bezüglich der
letzten Rede des tschechoslowakischen Außenministers
Dr. Benes über die ungarische Geldfälschungs-
affäre. Bethlen verlas als Antwort eine Er-
klärung, worin es heißt:

„Herr Benes sieht einen Zusammenhang
zwischen den Fälschungen von tschechoslowakischen
Kronen und der Frankenfälschung. Die Feststel-
lungen des Herrn Benes beruhen zum größten Teil
auf Kombinationen, denen gegenüber fol-
gender Tatbestand festzustellen ist: Als Radossy
am 31. Juli 1921 Polizeichef von Budapest
wurde, war die Untersuchung über die Fälschung
von tschechischen Hundertkronennoten bereits ab-
geschlossen. Zu der Zeit, als die tschechoslowa-
kischen 500 Kronen-Noten gefälscht wurden, war
Radossy aber nicht mehr Polizeichef von Buda-
pest, sondern Landespolizeichef. In dieser
Angelegenheit hat die Budapest-Polizei die
Erhebungen in erschöpfender Weise durch-
geführt und alle der Tat verdächtigen Personen
verhaftet. Die weiteren Verfügungen hat dann
die Staatsanwaltschaft getroffen.

Benes' Behauptung gegenüber, daß in zwei
Hüllen tschechische 100-Kronen-Noten gefälscht
wurden, erklärte Bethlen, daß man in Ungarn
nur von einem Falle Kenntnis habe. Das
Verfahren wurde am 11. Oktober 1920 als
ergebnislos eingestellt und davon wurde auch der
damalige tschechoslowakische Delegierte in Buda-
pest verständigt. Wenn bei diesen Fälschungen auch
einzelne Militärpersonen eine Rolle spie-
len, müßte festgestellt werden, daß sie die Fä-
lschungen nicht als Amtspersonen, sondern pri-
vat vollführten.

Schließlich kam Bethlen auf die Frage der
Nichtbeantwortung der auf die Notenfälschungen
bezüglichen tschechoslowakischen Note zu sprechen.
Es sei Tatsache, daß zwei tschechische No-
ten unbeantwortet blieben. Der Grund
hierfür lag aber darin, daß die Staatsanwaltschaft
dem Justizminister die Meldung erstattete, sie
habe die Budapest tschechoslowakische Gesand-
tschaft von der Einstellung des Verfahrens ver-
ständigt. Heute, nach drei Jahren, lassen sich die
damaligen Vorgänge nicht mehr genau feststellen.
Tatsache ist, daß die tschechische Gesandtschaft drei
Jahre hindurch sich überhaupt nicht um die
Sache gekümmert habe und die
Beantwortung ihrer Note nicht urgierte, wahr-
scheinlich deshalb, weil sie auch ihrerseits ein-
gesehen hatte, daß die Angelegenheit erledigt
ist.

Die Anschließende.

Rincis's Konferenzen in Rom.

Rom, 27. Feber. Wie verlautet, hatte der
tschechoslowakische Außenminister Dr. Rincis
gestern mit dem französischen Botschafter eine
längere Besprechung. Nachmittags konferierte er
neuerlich mit Mussolini und ist abend nach Mon-
teux bei seiner dort zum Kurgebrauch weilenden
Familie aufhalten wird. Am 2. März soll Rincis
in Paris eintreffen, wo er vor seiner Abreise
nach Genf mit Briand eine Besprechung haben
wird.

Die „Boca Republica“ deutet an, daß eine
Unterhandlung über einen Garantiepakt
zwischen Italien und Südslawen stattgefunden
habe. Das Blatt gibt seiner Freude darüber
Ausdruck, weil man durch solche Garantiepakete
zum Genfer Protokoll und der Völkervereinigung
zurückkehre.

Rom, 27. Feber. Der tschechoslowakische Außen-
minister Dr. Rincis genährte einem Bericht-
erstatter der „Tribuna“ eine Unterredung. Rincis
behauptet, daß die stattgehabte Zusammenkunft
das Ergebnis einer langen Vorbe-
reitung gewesen sei. Ferner sagte er, daß der
Anschlußgedanke im direkten Wider-
spruch zu den Friedensverträgen stehe, die die
Stabilität Europas und den Frieden
garantieren. Wenn man einmal anfange, die
Friedensverträge zu übertreten, wisse man nicht,
wohin man komme.

Rom, 27. Feber. Zur Reise Rincis' wird
offiziell ausdrücklich betont, daß die Gerüchte von
einer italienisch-tschechoslowakischen Verständigung
gegenüber dem Deutschen Reich und Oester-
reich grundlos seien. Nachdem die
italienische Regierung ihre Stellung zu Deutsch-
land und Oesterreich ausführlich dargelegt habe,
beabsichtige sie keineswegs, den tschechoslowa-
kischen Konflikt zu verschärfen und zu verlängern,
vielmehr gebe sie die Beziehungen zu den ein-
zelnen Mächten möglichst zu bessern.
Unter solchen Umständen sei es widersinnig, wie
es gewisse Blätter tun, von der Bildung eines
neuen Blocks zu sprechen. Dagegen wird zuge-
geben, daß die Lage auf dem Balkan, wo
Südslawien ebenso wie Bulgarien und Albanien

Sozialdemokratie und Befoldungsreform

**Der Kampf unserer Genossen im sozialpolitischen Ausschuss gegen die
reaktionären Bestimmungen in der Staatsangehörigen-Gesetzesvorlage.
Auszug aus der Rede des Genossen Grünzner.**

In der Generaldebatte zur Regierungsvor-
lage betreffend die Regelung der Bezüge und
Rechtsverhältnisse der Staatsbediensteten und
Lehrer im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeord-
netenhauses legte heute Gen. Grünzner in
eineinhalbstündiger Rede die reaktionären Bestim-
mungen und großen Schäden dieser Vorlage bloß.
Er unterzog gleich eingangs seiner Rede die We-
thelens, mit denen auch dieses große und ein-
schneidende Gesetzeswerk erstellt und insbesondere
die von der Regierung und den Koalitionsparteien
damit getriebene Geheimnistuerei einer vernichtenden
Kritik. Dabei verwies er darauf, wie in
anderen Staaten bei Schaffung derart wichtiger
Gesetze vorgegangen wird, wo die Demokratie eine
wirkliche Heimstätte hat und nicht bloß als ein
Aushängeschild zur Täuschung der Öffentlichkeit,
insbesondere dem Ausland gegenüber mißbraucht
wird. Er warf der Regierung vor, daß sie ihr den
Staatsbediensteten wiederholt gegebenes Verspre-
chen, deren gewerkschaftliche Organisationen zur
Mitberaung an den sie betreffenden Gesetzen bei-
zuziehen, nicht allgemein eingehalten, daß sie in
der einseitigsten Weise vorgegangen ist, indem sie
nur die Vertreter der den tschechischen national-
en Koalitionsparteien nachstehenden Staatsbe-
diensten-Organisationen zugezogen hat. Rahezu
zwei Jahre habe die Bürokratie mit ihren Juris-
ten in den Ministerien an diesem Gesetzeswerk
gearbeitet und seit vielen Monaten sitze die Zwöl-
ferkommission in langwierigen Beratungen beisam-
men, ohne daß eine Einigung zwischen Regie-
rung, Kommission und Koalitionsparteien zu-
stande gekommen ist. Er erinnerte die Regierung
daran, daß der Ministerpräsident Svehla be-
reits im Oktober v. J. vor den Neuwahlen das
feierliche Versprechen abgegeben hat, daß die Vor-
lage über die Regelung der Bezüge der Staats-
bediensteten sofort in der ersten Sitzung des neu-
gewählten Parlaments vorgelegt werden wird,
was aber bis heute noch nicht geschehen wäre,
wenn nicht die deutschen sozialdemokratischen Ab-
geordneten und Senatoren durch ihren Antrag
auf sofortige Einberufung des Abgeordnetenhau-
ses dieser Verschleppungstatistik ein Ende gemacht
hätten. Dadurch sei die Regierung gezwungen
worden, die parlamentarischen Verhandlungen
aufzunehmen, wodurch auch die oppositionellen
Parteien und die gesamte Staatsangehörigenschaft
diese Vorlage endlich zu Gesicht bekommen haben.
Ueber ein so umfangreiches Gesetzeswerk, wor-
über die Koalitionsparteien in den verschieden-
sten Konferenzen seit vielen Monaten mit einan-
der im Streit liegen und sich bis heute nicht
einigen konnten, sind nun die oppositionellen
Parteien in überstürzender Hast gezwungen, sich
über alle einzelnen Bestimmungen und deren
Auswirkungen auf die Staatsbediensteten zu ori-
entieren und dazu Stellung zu nehmen. Von wel-
cher Bedeutung diese Gesetzesvorlage für die
Staatsbediensteten sowie die Bediensteten der
staatlichen Unternehmungen und die Ruhestands-
ler ist, davon zeugt schon die Tatsache, daß von
den Koalitionsparteien nicht ein mit den Verhält-
nissen der Staatsbediensteten vertrauter Fach-
mann, an welchen Abgeordneten es in ihren Rei-
hen doch nicht mangelt, das Referat übernommen
habe, sondern daß wieder der alle Zeit bereite
tschechische Agrarier Abg. Malin als Bericht-
erstatter in die Bresche gesprungen sei. Sowohl der
Berichterstatter Abg. Malin als auch der Fi-

nanzminister haben in ihren Referaten die Vor-
lage als das größte Gesetzgebungswerk bezeichnet,
welches das Parlament bis jetzt beschaffte hat.
Was den Umfang der Vorlage anlangt, so mag
dies zutreffen. Die beiden Referenten haben aber
lediglich die schönen Seiten der Vorlage hervor-
gehoben, nicht aber von den großen und dauernden
Schädigungen gesprochen, die sie für die Staats-
bediensteten enthält. Der Referent habe lediglich
sein Augenmerk auf die Stabilisierung der Bezüge
gerichtet und dies als den großen Vorzug der Vor-
lage bezeichnet und damit zu operieren gesucht.
Er habe aber nicht davon gesprochen, welche und
wie viele erwerbene und schwer erkämpfte Rechte
den Staatsbediensteten mit dieser Gesetzesvorlage
entzogen werden. Sowohl die definitive An-
stellung, Stabilisierung, Ernennung, die automatische
Vorrückung und der Aufstieg aus niederen in hö-
here Kategorien als auch die Parität der Lehrer
seien mit dieser Gesetzesvorlage zum Teil
beseitigt und, soweit diese noch aufrecht bleiben,
sehr stark in Frage gestellt. Insbesondere ist es
die Art der Systemisierung der Dienststellen,
welche die Grundlage zu jeglicher Willkür bietet.
Was das neue Gehaltsschema betreffe, so werden
den Beamten in der höchsten Dienstklasse ungehe-
re Zuwendungen gemacht, während die Beamten
der mittleren und niederen Dienstklassen sowie
die Unterbeamten und Diener sehr stiefmütter-
lich bedacht sind. Auch ist die Ueberleitung aus
dem alten in das neue Gehaltsschema nicht voll-
ständig klar ausgedrückt. Diese Frage bürgt über-
haupt große Nachteile für die Beamten- und Be-
dienstetenschaft in sich, da sie ebenso wie die Sys-
temisierung der Willkür der Bürokratie über-
lassen ist. Der Grundgedanke der Alimentation sei
ebenfalls durchbrochen und nur noch zum Schein
in sehr beschränkter Maße aufrecht erhalten.
Das Bestreben, die Alimentation gänzlich zu be-
seitigen, sei deutlich erkennbar. Die Anwartschafts-
zeit für die Beamten sowohl als auch für die Be-
diensteten werde bedeutend verlängert, indem sie
für die ersteren bis zu sechs Jahren und für die
letzteren bis zu 15 Jahren in der Vorlage festge-
setzt sei. Dabei wird die Ernennung und Beför-
derung vollständig an die Systemisierung gebun-
den, was eine schwere Schädigung insbesondere
der Eisenbahnbediensteten bedeutet. Schon jetzt
werde die Normierung in vollständig unzuläng-
licher Weise festgelegt, weil sie noch immer nach
dem altösterreichischen Schlüssel erfolgt, obwohl
sich die Verhältnisse durch die achtstündige Ar-
beitszeit vollständig geändert haben. Die Regie-
rung schein mit der Systemisierung und Normie-
rung überhaupt das Achtstundengesetz nicht nur
umgehen, sondern illusorisch machen zu wollen.
Verpflichtungen der Dienststrassen in einer gan-
zen Reihe von Kategorien seien schon seit langem
an der Tagesordnung und die Ausbeutung des
Personales habe durch den Abbau einen uner-
träglichsten Grad erreicht. Redner führt zum Be-
weise ein Beispiel aus den jüngsten Tagen an.
In Böhmen-Leipa leisteten den Transpordienst
drei Mann. Von diesen wurde einer abgebaut,
so daß den schweren Dienst nun zwei Mann be-
wältigen sollen. Der 1224 stündige Dienstur-
aus wurde durch Aufkroierung des 1616 stün-
digen vergrößert.

Die Aktivitätsgebühr (frühere Orts-
zulage) soll nach der Regierungsvorlage ebenfalls
in gleicher Weise des Völkervereinigung eingetragene
werden müssen. Weiters befahte sich der Kongress mit
der Frage der Arbeiterwanderung, der Frage
des Dumping, der Washingtoner Konvention und
der Möglichkeit einer Entente zwischen den ge-
nannten Ländern, bis ein vollkommeneres „wirt-
schaftliches Locarno“ verwirklicht werde.

nach Rom schau, eine eingehende Er-
örterung erfordere, zumal die Beziehungen
Südslawiens zu Griechenland noch keines-
wegs geklärt seien.

Rücktritt des italienischen Finanz-
ministers?

Mussolini auf Volp's Popularität eifersüchtig.

Paris, 27. Feber. (Eigenbericht.) Aus Rom
wird mitgeteilt, daß die Einberufung des Senates
zum 3. März beschleunigt wird. Mussolini
hat die für dieses Datum angekündigte Tripolis-
reise verschoben. Die Zensur ist gegen die Zeitun-
gen nicht vorgegangen, die auch die Nachricht
verzeichnen hatten, daß Mussolini eine Umbil-
dung seiner Regierung plane.

Man spricht vom baldigen Rücktritt des
Finanzministers Giasen Volpi, der sein Amt
angeblich krankheitsbedingt verläßt. In Wirklich-
keit ist Mussolini auf die Populärheit des Finanz-
ministers, die dieser sich durch seine Verhandlung-
en in Washington erworben hat, eifersüchtig
geworden.

**Eine Wirtschaftskrisen ereignis der S.A.J.
gegen die Kartelle.**

Brüssel, 27. Feber. (S.A.J.) Gestern wurde
im Brüsseler Volkshaus unter dem Vorsitz des
ehemaligen sozialistischen Deputierten Brode
ein sozialistischer Kongress eröffnet, an welchem
Deutsche, Franzosen und Belgier teilnahmen, um
die Frage der Handelsverträge zu besprechen.
Die Teilnehmer der Versammlung waren einstim-
mig der Ansicht, daß die großen Kartelle
der Metallindustrie und diejenigen, welche unter
Umständen bei den Industriellen verschiedener
Länder gebildet werden könnten, nur unter
der Kontrolle der Regierungen ge-
schaffen werden dürfen und bei der wirtschaft-

Heeresreduktion in Norwegen.

Oslo, 27. Feber. Im Storting wurde eine
Vorlage über die Neuordnung des Heerwesens
eingebracht. Derselbe geht darauf hinaus, die
Landesverteidigung mit den wirtschaftlichen
Kräften des Landes in Uebereinstimmung zu brin-
gen. Es wird vorgeschlagen, die Zahl der Mann-
schaften durch zu verringern, daß ein Drittel
der Rekruten freilasse ziehen kann. Die Kadres
werden aufrecht erhalten, so daß gleich höhere
Kräfte aufgestellt werden können, falls dies not-
wendig wäre. Die Uebungszeit wird durch eine
Rekrutenschule von 72 Tagen erweitert. Inner-
halb 26 Bataillonen wird eine Kompanie auf-
gelöst. Die Verwaltung wird vereinfacht und die
jetzigen Ausgaben für das Heer von 50 Millionen
auf 30 Millionen Kronen herabgesetzt werden.

Der Wingerkrieg von Bernkastel.

Berlin, 27. Feber. (Eigenbericht.) Die vier-
zehn verhafteten Mädelführer der Bernkasteler
Wingerunruhen mußten vom Staatsanwalt
unter dem Druck einer tausendköpfigen Demon-
strationsmenge wieder freigelassen werden. Die
„Königliche Zeitung“ will erfahren haben, daß
auch separatistische Elemente die Hand im Spiel
haben. Der preussische Landwirtschaftsminister
Dr. Steiger sprach mit einem Vertreter der
„Königlichen Volkszeitung“ über die Ursachen des
Wingeraufstandes, den er tief bedauere, und er-
klärte, daß das wirksamste Mittel zur Be-
ruhigung des Aufstandes die Anhebung der
Weinsteuer sei.

wieder nicht in gerechter, den tatsächlichen Preis-
verhältnissen entsprechender Weise geregelt wer-
den. Es wurde wieder die Einwohnerzahl zur
Grundlage der Bemessung genommen und die
Dienstorte in vier Klassen eingeteilt, obwohl die
Regierung aus den vielen Hunderten Petitionen
der Staatsbediensteten und den von uns in diesem
Haufe wiederholt gestellten Anträgen sehr gut
weiß, daß eine solche Regelung der Aktivitätsge-
bühr vielfach ungerecht ist und den Großteil der
Bediensteten absolut nicht befriedigt. Das Qua-
lifikationsverfahren, wie es in der Regierungsvor-
lage vorgesehen ist, fordere gleichfalls zur
Kritik heraus. Als einen der größten Mängel der
Regierungsvorlage muß es aber bezeichnet wer-
den, daß mit dem im 6. Teile in den §§ 153 bis
165 über die Ruhe- und Versorgungsgehälter ent-
haltenen Bestimmungen wieder eine neue Katego-
rie von Ruhestandern geschaffen werden soll.
Die Altpensionisten der verschiedenen Kategorien,
diese vielfach betrogenen und geschädigten bedau-
ernten Menschen sollen nun neuerlich eine
Enttäuschung erleben. Wiederholt hat die Regie-
rung den Altpensionisten die Gleichstellung ver-
sprochen und niemals hat sie ihr Wort eingelöst.
Das Gesetz Nr. 287 vom Dezember 1924 war
für viele dieser armen Teufel nichts anderes als
eine Augenauswischerei, von der Nachgewährung
der Durchrechnung der Dienstzeit gar nicht zu re-
den. Insbesondere haben durch das Gesetz 287
die Pensionistinnen nicht nur nichts gewon-
nen, sondern sie wurden um Hunderte von Kronen
noch geschädigt. Es wäre die vornehmste Pflicht
der Regierung gewesen, nunmehr bei der
generellen Regelung der Bezüge und Rechtsver-
hältnisse der Staatsbediensteten das an den Altpen-
sionisten begangene Unrecht endlich gut zu ma-
chen und diese im Dienste alt und gebrechlich
gewordenen Menschen von dem bedrückenden Ge-
fühle der Zurücksetzung zu befreien.

Genosse Grünzner wendet sich sodann
auch in klarer Weise gegen die Bestimmungen
der §§ 210, 213 und 216, welche die Regelung
der Dienstbezüge und rechtlichen Ansprüche der
Bediensteten bei den staatlichen Unternehmungen
und Anstalten sowie der öffentlichen rechtlichen
Korporationen (Gemeinden, Bezirke etc.) und die
Behandlung aller jener Bediensteten in Bezug
auf ihre Ruhegehälter betreffen, die nach § 13 des
Gesetzes 286 vom Dezember 1924 in den Ruhe-
stand versetzt oder aus dem Dienste entlassen wur-
den, sofern sie bis zum Tage der Herausgabe dies-
es Gesetzes schriftlich verhandelt wurden. Ins-
besondere gefielte er die Eingriffe der zentralen
Staatsgewalt in die autonome Selbstverwaltung
der Gemeinden und Bezirke, deren freie Verfü-
gung in Bezug auf die Entlohnung und Rechte
ihrer Angestellten und Arbeiter durch dieses Ge-
setz nun eine neuerliche Anbelagerung erfahren soll.

Was die Bedenkungsfrage des Auf-
wandes für die Regelung der Bezüge der Staats-
bediensteten anlangt, so verwies Gen. Grünzner
auf darauf, daß die vom Finanzminister ge-
nannte Summe von 700 Millionen Kr keines-
wegs den Tatsachen entsprechen könne und stellte
an die Regierung die Anfrage, für welche Zwecke
nunmehr die 320 Millionen Kr verwendet wer-
den, welche anlässlich der Gewährung der Remu-
nerationen an die Staatsbediensteten für die
Jahre 1924 und 1925 durch die neuen Abgaben
aus der Erhöhung der Telephonegebühren, der
Zuckersteuer, der 10prozentigen Eisenbahnfahr-
kartensteuer und der Amtshandlungen und Sten-
selgebühren entstehen, die doch jetzt für die Ge-
haltserhöhung zur Verfügung stehen müssen,
nachdem die Remunerationen entfallen. Es
scheint so zu sein, daß diese Hunderten von Milli-
onen Kr für die Bedienung des vom Finanzminis-
ter Dr. Englich bei der Ueberprüfung des
im Oktober 1925 von der Koalition durchgeprüf-
ten Staatsvoranschlags für das Jahr 1926 auf-
gedeckten Defizits von 340 Millionen Kr verwen-
det werden sollen. Die Aufdeckung dieses Defizits
sei gleichzeitig eine Befestigung dessen, was wir
bei der Verhandlung über den letzten Staats-
voranschlag wiederholt gesagt haben, daß das
ausbalancierte Budget nur eine Täuschung für
das Ausland sei, um kreditfähig zu erscheinen.
Am Schluß seiner Rede kennzeichnete Gen.
Grünzner die Regierungsvorlage noch einmal
in ihren Grundzügen als ein, mit Ausnahme der
Regelung der Bezüge, reaktionär Wert, welche
Regelung der Bezüge aber nur dazu bestimmt
sei, die Staatsbediensteten über den Entzug vie-
ler ihrer pragmatischen, im sonstigen erlangten
Rechte momentan hinwegzutäuschen. Die bis
jetzt bestandene Stabilisierung der Arbeiter bei
den Eisenbahnen sei mit der vorliegenden Gesetz-
esvorlage vollständig beseitigt und die definitive
Anstellung (Ernennung) sowie die automatische
Vorrückung der Bediensteten in Frage gestellt,
da sie dem Ermessen und Willkür der Bürokratie
überlassen wird. Die Gesetzesvorlage bezieht
in ihrer gegenwärtigen Fassung einen Rückschlag in die
Verhältnisse vor mehr als 50 Jahren und es
werde der Anstrengung aller Kräfte bedürfen,
diese schweren Schäden abzuwehren. Er kündigt
für die Spezialdebatte den schärfsten Kampf der
deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gegen
die reaktionären Bestimmungen der Gesetzesvor-
lage an und appelliert noch an die sozialistischen
Parteien der Regierungskoalition, auch ihrerseits
das Amentar gegen die Staatsbediensteten in
kraftvoller und unbeugsamer Weise abzuwehren zu
helfen.

Die Generaldebatte im sozialpolitischen Aus-
schuss soll Dienstag, den 2. März beendet wer-
den, worauf die Vorlagen einem Subkomitee
zur Durchberatung zugewiesen werden. In der
Generaldebatte kommt Dienstag von unseren Ge-
nossen noch Gen. Taub zum Wort, der sich vor-
nehmlich noch mit der Bedenkungsfrage und dem
Expole des Finanzministers befaßt und den
Standpunkt unseres Klubs hiezu präzisieren wird.

Tagesneuigkeiten.

Aus Rot!

In dem deutschgeschriebenen Regierungs-
blatt des Saager Wolfverlages „Abendzeitung“
vom 26. Feber 1926 findet sich im Kleinen An-
zeiger folgendes Inserat:

Gebe aus Rot

meinen Knaben aus eigen demjenigen, der mir 10-
bis 15.000 K gibt. Zu erfragen unter „Aus Rot
12201-1“ an den Zeitungsverlag Wolf in Saag.

Wenige Zeilen, wenige Worte. Und doch sprechen
sie eine furchtbare Sprache. Visionär steigt vor
dem Auge des Lesers die junge Mutter auf, die
arbeitslos von Türe zu Türe wandert, die kein
Heim hat. Und überall begegnet ihr das gleiche
Käseljude, der gleiche eigentümliche Blick auf
das Kind. Ja, wenn das nicht wäre! Wie groß
muß das Elend der Mutter sein, wenn sie in ihrer
Verzweiflung das Kind öffentlich zum Verkaufe
anbietet. Ist's der Kaufpreis, der sie lockt?
Sicherlich nicht, das Elend reiht das Band
zwischen Mutter und Kind entwei. Und knapp
unter diesem Inserat lesen wir das folgende:

Kind

wird von kinderlos, jedoch kinderliebenden El-
tern gegen eine einmalige Abfertigung von 20.000
Kronen als Erziehungsbetrag als Eltern angenom-
men. Zuschriften unter „Gute Eltern 12148-1“ an
den Zeitungsverlag Wolf in Saag.

Dort die Flucht vom Kinde, hier der Schrei nach
dem Kinde. Beide Anzeigen voll unfäglicher
Tragik. Sind diese Inserate in unserer sogenann-
ten gestifteten Weltordnung überhaupt möglich?
Wie das Beispiel zeigt, leider ja. Sie werfen ein
erschreckendes Bild auf die Zustände, weit hat es
die kapitalistische Entwicklung gebracht. Des
Menschen Heiligstes, das Kind, ist zur — Markt-
ware geworden. Arbeiter, Arbeiterin, denkt
nach!

Die Streichhölzer werden billiger! Mit Erlaß
des Finanzministeriums vom 16. Feber d. J.
werden die Zündhölzchenfabrikanten vom 1. März
angefangen die Verkaufsabsteuer für Zünd-
hölzchen (einen Heller pro Schachtel) aus eigen-
nem zu zahlen haben und sie nicht mehr zum
Preis zuschlagen dürfen. Zündhölzchen dürfen da-
her nur mehr zum Preis, wie er in der Verord-
nung vom 18. März, 1923, d. i. mit 20 Heller,
festgesetzt wurde, verkauft werden. Somit einer
unerschämten Auspöwerung der breiten Massen
endlich ein Ende gemacht wird, die umso fühl-
barer war, als kaum der zehnte Käufer ein Zwei-
hellerstück bei sich hatte und so für eine Zünd-
hölzschachtel in der Regel 23 Heller zahlen mußte.
Bei dem Massenverbrauch an Zündhölzern muß dieser
zwar geringe Mehretrag beim Jahreskonsum eine
schöne Sondersteuer zu Lasten der Taschen der
Konsumenten ergeben haben!

Wer terrorisiert? In mittelalterliche Zu-
stände wähnt man sich zurückversetzt, wenn man
den Anschlag zu lesen bekommt, mit welchem die
Firma Ulrich u. Christl, Glasformensabrik in
Tischau, ihre Arbeiterschaft in der letzten Zeit be-
glückt hat. Wir können es nicht unterlassen, der
Allgemeinheit den Wortlaut dieses Anschlages mit
allen darin enthaltenen Fehlern zur Kenntnis zu
bringen:

An die Arbeiterschaft!

„Ich bringe nochmals zur allgemeinen Kennt-
nis, daß von nun an in jedem einzelnen Falle,
Ueberstunden nur jene Stunden sind, welche über
48 Stunden stehen und werden andere prinzipiell
nicht als Ueberstunden ausgezahlt.“

Das gilt auch dann, wenn in der Zwischenzeit
Arbeitsvertrag gearbeitet wurde, oder betreffender Arbeiter
krank war oder sonst aus irgend welchem Grunde
die 48 Stunden, welche Freitag beginnen, verläßt
wurden. Die einzige Ausnahme im Jahre ist der
1. Mai. Sollte bei eintretender Beschäftigung
seitens der Arbeiter Schwierigkeiten bereitet werden,
so wird rücksichtslos die Aufnahme anderer
Arbeitskräfte erfolgen und jene Elemente bei ein-
tretender schwächerer Beschäftigung in Ausstand
gesetzt, wenn nicht ganz gekündigt.“

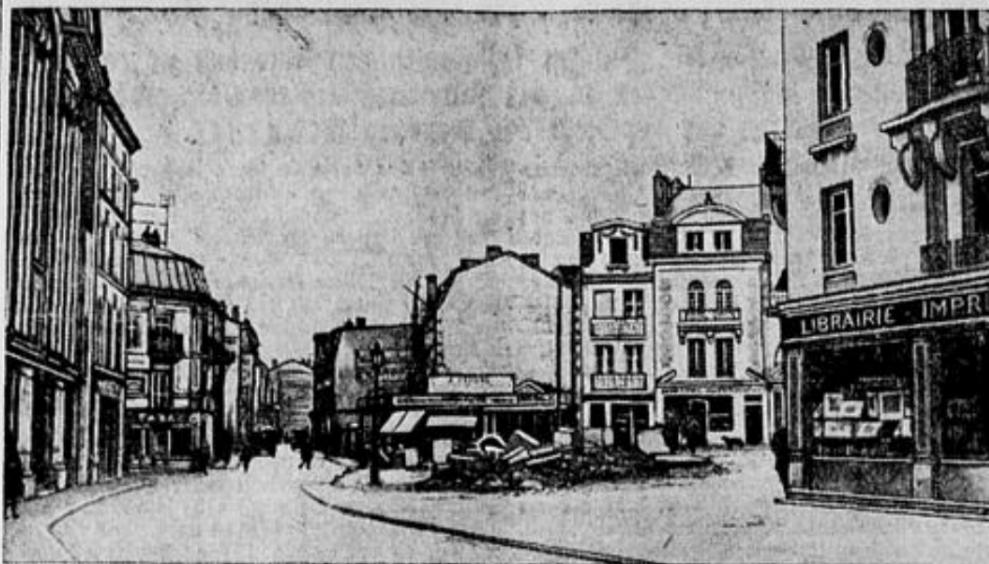
Tischau, am 20. Feber 1926.

Heinrich Ulrich m. p.

Man wird nicht erstaunt sein, zu erfahren,
daß in diesem Betriebe Ausdrücke, wie: „Halt die
Kusch!“ oder „Schieb' ab!“ an der Tagesordnung
sind. Wenn dann die Arbeiterschaft, gereizt durch
derartige Behandlung, zu Gegenmaßnahmen
greift, dann klagen die Herren Unternehmer über
den Arbeiterterror! — Nun, die Belegschaft dieses
Betriebes wird schon dafür Sorge tragen, daß
auch diese Herren verstehen lernen, wie man sich
Arbeitern gegenüber benimmt. Es haben sich
schon andere Gröhen vor der geschlossenen Orga-
nisation der Arbeiterschaft beugen müssen als die
Herren Ulrich Junior und Senior!

Gegen die Schändung des Andenkens Battistis
durch Mussolini. Im deutschen Reichstag hat be-
kanntlich bereits Genosse Stampfer die Annahme
Mussolinis zurückgewiesen, der sich zum Anwalt
des Andenkens Battistis in bekannter Selbstherr-
lichkeit ernannt hat. Nun nimmt auch der Sohn
Battistis, der dem republikanischen Lager der
Opposition angehört, in einem Brief an den po-
litischen Sekretär der republikanischen Partei
gegen die durch Agenturen verbreitete Meldung
Stellung, wonach die Familie Battistis dem italia-
nischen Ministerpräsidenten ihre besondere Don-
nerfest für die Aufkündigung der Errichtung eines
Denkmals für Battisti in Wien übermitteln hat.
Der Sohn Battistis bezeichnet die Darstellung als
falsch und erklärt, der einzig richtige Platz für

Wiederaufbau von Verdun.



Neun Jahre nach der großen Verdunschlacht ist nun der Wiederaufbau von Verdun fast be-
endet. Alle Häuser in der Hauptstraße, die unser Bild zeigt, sind Neubauten.

Battistis Denkmal sei Trient. „Battisti darf
nicht einem Imperialismus gegenüber einem
anderen Imperialismus als Frañediener.“
Ob für Mussolini diese moralische Ohrfeige aus-
reicht, bleibt abzuwarten.

Der Verein der ehemaligen... Zur Zeit der
Wahlen tauchte von ein paar konfus gewordenen
Speichern geboren, die Idee auf, eine „Partei der
Parteilosen“ zu gründen. Man konnte füglich an-
nehmen, daß mit dieser Idee die Krähwinkel
ihren Superlativ erreicht habe. Aber die Speicher
überbieten sich täglich mit den größten Albern-
heiten selber. Bekanntlich spielte die Regierung
den „privilegierten Schützenkorps“ einen argen
Schabernak, indem sie als Bedingung des Weiter-
bestandes der Schützengemeinschaft, will sagen, Schützen-
korps, die Einführung der tschechischen Kom-
mandosprache, Aenderung der Uniform und
Fahne und was dergleichen für Schützen unent-
behrliche Maßnahmen mehr sind, anordnete. Das
war den braven Schützen, die sich im alten
Oesterreich so erhoben fühlten aber ein etwas zu
starker Tabak, sintemalen sie Sabuschwanzfedern
und Schießprügel nicht missen wollten. Es lud ein
großes Raufschlagen an, was zu tun sei, und wenn
auch richtiggehende Schützenhitze etwas langsam
arbeiten, endlich fanden sie doch Rat: „Wir grün-
den einen neuen Verein ehemaliger Schützen!“ Ein
Verein muß nämlich auf jeden Fall sein, und
wenn schon Sabuschwanz und Schießprügel dazu
verdammte sind, in der Urgrößenaltertümlichkeit zu ver-
modern oder von den Moten gefressen zu wer-
den, wenn es schon keine Kaisergeburtstags-
feier mehr geben soll, im neuen Verein wird sich
schon Gelegenheit finden, in hier- und trän-
enreicher Stimmung, die alte Schützenherrlichkeit;
wenigstens in der Erinnerung aufzuwärmen und
wenigstens im Geiste (daß Gott erbarm) das
Rad der Zeit zurückzudrehen. Aber — oh,
Schmerz, laß nach — der „Verein ehemaliger
Schützen“ ist ein Wesen, dessen Tage bereits ge-
zählt sind. Um Mitglied dieses „Vereines“ zu
werden, muß man erst Schütz gewesen sein. Da
sich nun aber die privilegierten Schützenkorps auflö-
sten, ist das einzige Kader, dem der „Verein
der ehemaligen“ seine Mitglieder entnehmen
könnte, die Schär der wenigen Getreuen, denen
weber ein verlorenen Krieg, noch eine zer-
trümmerte Monarchie, noch auch eine Revolu-
tion den Speichergestalt ausgetrieben vermochte.
Der „Verein der ehemaligen“ wird somit nach
menschlichem Ermessen so in 20—25 Jahren das
Zeitliche segnen und damit verschwindet wieder
ein Stück Jozp in der Kumpelkammer der Welt-
geschichte. Vielleicht gründen dann die Speicher-
nachkömmlinge einen Verein der Nachkommen
der gewissen Mitglieder des Vereines der ehe-
maligen Schützen.“

Sprachenpolizei gegenüber den Apotheken.
Mehrere Apotheker haben gegen die sprachen-
polizeiliche Regelung ihrer Apothekenbetriebe den
Beschwerdeweg betreten. Diese Beschwerden liegen
seit dem Jahre 1924 unerledigt im Ministerium
für öffentliches Gesundheitswesen. Trotzdem
wurde die Durchführung der sprachenpolizeilichen
Verfügungen erzwingen. Infolge der
Rechtsverweigerung durch das Ministerium für
öffentliches Gesundheitswesen ist den betroffenen
Apothekern der Beschwerdezug an das Oberste
Verwaltungsgericht abgeschnitten. Dies ein neuer
Beitrag zur Frage der Rechtssicherheit in der
tschechoslowakischen Republik.

Die Militärpensionen der deutschen Prinzen
sind allein schon so reichlich bemessen, daß man
einen großmütigen Verzicht der obigen Herren
auf ihre „Zivilisten“ wohl verstehen würde. So
erhält Prinz Heinrich eine Militärpension von
17.127 Mark, um einige hundert Mark sogar
mehr als der Großadmiral von Tirpitz. Warum?
Die kaiserliche Hoheit ist schon mit 15 Jahren
Leutnant zur See geworden und hatte mit 32
Jahren schon Oberstentanz. So sammelt man
Dienstjahre! Prinz Eitel Friedrich ist gar schon
mit 12 Jahren Leutnant geworden; er bezieht als
früherer Divisionskommandeur jährlich 10.000
Mark; seinem tatsächlichen Dienstalter nach könnte
er höchstens eine Hauptmannspension beanspru-
chen. Sein Bruder Oskar war bekanntlich nur
einige Monate an der Front. Dafür erhält er
die Pension eines Brigadeführers. Der

heiterste Militärpensionist des Hohenzollern-
hauses ist zweifellos Prinz Joachim, der sich heute
als Komponist von Jazzbandmusik durchs Leben
schlägt. Im Krieg war er lediglich Herrenfahrer
und Schlachtenbummler und begnügt sich jetzt
mit einem republikanischen Taschengeld von 3013
Mark im Jahr! Prinz Leopold von Bayern be-
zieht 17.127 Mark für die geruhige Tätigkeit des
Freimarschalls an der Ostfront. Auch sein Sohn
Konrad bezieht die Pension eines Regimentskom-
mandeurs. Und inzwischen hungern Millionen
Arbeitsloser in Deutschland!

Wiener Arbeitslose in die Kirgisensteppe. In
den nächsten Tagen wird der erste Teil der so ge-
nannten „Uhl-Gruppe“ Wien verlassen, um über
Moskau die Kirgisen-Republik zu erreichen, wo
von den österreichischen Auswanderern Uckerland
gepachtet wurde. Zum Teil wird diese Aktion von
der Regierung und von der Gemeinde Wien sub-
ventioniert. Außer dieser ersten Gruppe von rund
200 Personen gehen in der nächsten Zeit ebenfalls
von den Uhl-Leuten 400 Erwachsene und 400
Kinder nach Rußland.

**73 und ein halbes Jahr ununterbrochen im
Beruf!** Vor kurzem starb in Karlsruhe der
Lithograph Karl O. H. im 88. Lebensjahre. Der
Verstorbene bildete eine einzigartige Erscheinung
im graphischen Berufe, da er seit seinem 15. Le-
bensjahre, also 73 einhalb Jahr ohne Unterbre-
chung in den Diensten ein- und derselben Firma
stand. Er war ein Veteran der Arbeit im wahr-
sten Sinne des Wortes, der es verdient, daß der
Zeitungschronist seiner gedenkt. Trotz der Gebre-
chen des Alters war der Verstorbene stets heite-
ren Gemüts und gefegnet mit der Gabe eines
sonnigen Humors. — So melden es die bürger-
lichen Zeitungen, ohne zu bedenken, daß hierdurch
nur die Schande unserer Zeit bloßgelegt wird.

Auf der Reitschule vom Schläge getroffen.
Der Kapitän Albert Palouß des 1. Traubataillon
in Prag wurde gestern früh auf der Reit-
schule plötzlich vom Schläge getroffen. Die sofort
eingeleiteten Wiederbelebungsvorversuche blieben er-
gebnislos.

Gegen die Sprachenverordnung veröffentlicht:
der „Verein Deutscher Rechtsanwälte mit dem Sitze
in Teplitz-Schönan“ eine Entschlieung, in der es
u. a. heißt: Der deutsche Anwaltsstand empfindet
die allgemeine Bestürzung und Empörung, welche die
Sprachenverordnung bei der deutschen Bevölkerung
des Staates hervorgerufen hat, besonders tief und
nachhaltig. Beim deutschen Anwalt handelt es sich
nicht nur um eine Verletzung seiner sprachlichen
und nationalen Rechte, bei ihm geht es um die
Existenz. Die Sprachenverordnung hat im Ar-
tikel 4 eine besondere moralische und materielle
Schädigung der deutschen Anwälte ge-
schaffen. In dem die Verordnung bei rechtsfreund-
licher Vertretung die Einbringung einer Eingabe
in der Sprache der Minderheit dann mit Rechtsver-
lust bedroht, wenn das Gericht oder die Behörde der
Anspruch ist, die Eingabe hätte in der staatssoffiziellen
Sprache eingebracht werden sollen, will sie den An-
walt und die Partei zwingen, oft gegen bessere
Ueberzeugung auf ihr Sprachenrecht zu verzichten.
Der Verband erhebt Einsprache gegen die weitere
Vernehrung der durch kein sachliches Bedürfnis ge-
botenen Doppelsprachigkeit und macht für die ein-
tretenden Schäden in Justiz und Verwaltung die
Sprachenverordnung und deren Urheber verantwort-
lich.

Bauchtyphusfälle in Brünn. In Groß-Brünn
wurden vergangene Woche vier Fälle von Bauch-
typhus festgestellt. Es handelt sich nicht um gemein-
same (in einer Familie oder in einem Hause), son-
dern um vereinzelte Fälle, so daß die Möglichkeit
einer Ausbreitung dieser gefährlichen Krankheit
nicht zu befürchten ist. Alle Vorkehrungen zu ihrer
raschen Unterdrückung wurden getroffen.

**Strafgerichtliche Verfolgung von Schwarz-
hären.** Das Post- und Telegraphenministerium macht
darauf aufmerksam, daß in der letzten Zeit neuer-
dings einige Radio-Schwarzhörler zu strengem Arrest
in der Dauer von einigen Wochen verurteilt und
ihre radiotelegraphische Einrichtung als zu Gunsten
des Staates erklärt wurden. Das Ministerium
warnt ausdrücklich, sich durch Nichtanmeldung einer
Radiostation der Gefahr strafgerichtlicher Verfol-
gung auszusetzen.

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 28. d. M.

Prag, 11: Matinee; 17: Promenadenkonzert;
18.15: Deutsche Sendung, P. Horner vom Deutschen
Theater; Arien; 20: Auslandskonzert. — Brünn,
10: Matinee; 19: Konzert. — London, 22.15:
Konzert. — Paris, 21.45: Radio-Jazz. — Ber-
lin, 20: „Gigges und sein Ring“. — Stuttgart,
20: Erster Abend. — Leipzig, 20.15: Kammer-
musik. — Breslau, 20.10: Kammermusik. —
München, 20.30: Konzert. — Frankfurt,
20.30: Lautenabend. — Wien, 20: „Gebildete
Menschen“. — Zürich, 20.15: Konzert.

Programm für morgen, den 1. März.

Prag, 16.30: Konzert; 19: Deutsche Sendung,
Prof. Dr. Birk: Suezkanal; 20.02: Solistenkonzert.
— Brünn, 19: Konzert; 20.10: Aus „Volensblut“.
— London, 20.52: „Romeo und Julia“. — Pa-
ris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20: „Sans Hei-
ling“. — Stuttgart, 20: Mozart-Abend. —
Leipzig, 20.15: Musikalische Darbietungen. —
Breslau, 21.15: Operetten-Abend. — Mün-
chen, 20.30: Militärkonzert. — Frankfurt,
21.15: Caffeier Programm. — Wien, 20.15: Kom-
merquartett Lautenabend. — Zürich, 20.30: Die
Soldatenlieder.

Wellenlängen der Stationen: Prag
368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin
505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau
418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zü-
rich 515.

25 Diebe für jede schlechte Arbeit hat ein ehe-
maliger Schüler des Freiherrn von Lützow erhalten.
Das tschechische Erziehungssystem wurde am zwei-
ten Verhandlungstag durch eine Anzahl von Zeugen-
ausagen weiter beleuchtet. Der erste Zeuge war
durch die Erziehungsmethode des Herrn von Lützow
derartig verhärtet worden, daß er in dem
Augenblick, in dem der Vorsitzende den Rohrtod
zufällig hochhob, erschreckt zusammenfuhr.
Die Diebe will er meistens auf den Hofboden be-
kommen haben, nur einmal wurde er auf die Unter-
hose gefaßt. Im übrigen kam es im Laufe der
Verhandlung zu scharfen Auseinandersetzungen
zwischen der Verteidigung und dem Sachverständigen
Dr. Placzek, als dieser an den Angeklagten eine
Anzahl von Fragen richtete, die das Ehe- und Em-
pfindungsleben seiner Frau betrafen. Ein zweiter
Sachverständiger Professor Bremer bezeugte, daß
das „Schülermaterial“ Lützows sehr schlecht gewesen
sei. Es hätte in Jozsen eine Art Bodenschwinger
Verbesserkolonie bestanden.

**Professor Dohla vom russischen Institut für
Magnetismus** gibt bekannt, daß ihm die Erfindung
eines Apparats gelungen sei, mit dem es möglich ist,
Röntgenstrahlen auszufenden, die stark genug sind,
ein Flugzeug auf 25 Kilometer Entfernung in Brand zu
setzen.

Selbstmord vor der Hochzeit. Der 24jährige
Elektrotechniker Wenzel Janáček in Kwasitz
hat sich vor seiner Hochzeit im Festkleide von der
Brücke in die March gestürzt. Seine Leiche wurde
bisher noch nicht geborgen. Die Ursache des Selbst-
mordes ist bisher nicht festgestellt.

Schiffe aus dem Juge? In den an der Bahn-
strecke von Eger bis Karlsbad gelegenen Ortschaften
werden seit längerer Zeit auf rätselhafte Weise
Fensterheben gertrümmert. Aufgefundene Ge-
schosse teile lassen die Vermutung zu, daß sie aus einem
Revolver, oder aus einer Schleuder stammen könn-
ten. Um dem Unfuge ein Ende zu machen, haben
die Bewohner einer an der Bahnstrecke gelegenen
Ortschaft im Egerlande wegen des hohen Schadens-
betrages einen eigenen Wachtienst während der
Nacht organisiert, da die Beschädigungen meist in
der Nacht erfolgten, die dem Sonntage vorangeht.
Trotz der strengsten Wacht waren aber am nächsten
Morgen wieder eine Anzahl von Fensterheben be-
schädigt, so daß es zweifellos ist, daß die Beschä-
digungen von vorbeifahrenden Zügen aus-
erfolgten, vermutlich von jemandem, der wahrschein-
lich vom Klotzfenster des Waggons aus seine ver-
derbringenden Geschosse abfeuert, wobei aller-
dings die Treffsicherheit auffallend ist. Bisher ge-
lang es weder den Sicherheitsbehörden, noch dem
Zugspersonal, dem geheimnisvollen Feinde der
Fensterheben auf die Spur zu kommen.

Prager Chronik. In der Rammfabrik in Zizlow
gerieten Zelluloidschmelze in Brand und explodierten,
wobei die Arbeiter Jaroslav Dromada aus
Zizlow und der Heizer Josef Pilař aus Wjsočan
Brandwunden davontrugen. Das entstandene Feuer
konnte gelöscht werden, bevor die Feuerwehr zur
Stell war. Pilař konnte in häuslicher Pflege be-
lassen werden. Die Verletzungen Dromadas erwiesen
sich als schwer, und er wurde ins Allgemeine Kran-
kenhaus überführt.

Wetterbericht vom 27. Feber. Bei östlicher Luft-
bewegung machte die Abkühlung in unseren Gegen-
den weitere Fortschritte. Samstag früh sanken die
Temperaturen auch in den Niederungen der ganzen
Republik auf den Gefrierpunkt oder etwas darun-
ter. Die tiefsten Minima, abgesehen von den ge-
birgigen Lagen, meldet das böhm.-mähr. Hügel-
land (—4 in Deutsch-Brod und Wildenschwert). In den
Karpaten wurden Fröste bis zu —11 Gr. beobach-
tet. Außer in der Ostslowakei, wo es noch in un-
erträglichem Mengen schneite, haben die Niederschläge
in der ganzen Republik aufgehört. — Wahr-
scheinlich Wetter von Sonntag: Im
ganzen schön, am Morgen Frost, während des Ta-
ges mäßig warm.

Stibelungentreue

oder: ein Faschist tragt dem andern kein Auge aus.

Ein mit dem Salentkrenz gezieretes Blatt, die alldeutsche Egerer „Deutsche Wehr“, bringt einen Aufruf der „Mütter Südtirols“ an die Frauen „Alldeutschlands“, der neben einem, bei Deutschnationalen nicht zu entbehrenden, Pathos doch den Ton echter Empörung über die Gewalttaten des Faschismus ausklingen läßt. Der Aufruf beweißt jedenfalls, daß auch die Deutschnational fühlenden Frauen Südtirols den Faschismus als das drückendste und verächtlichste Regime betrachten, das ein Volk treffen kann. Der Aufruf lautet in seinen Hauptteilen:

„In der bittersten Bedrängnis wenden wir uns an euch, hoffend, daß unsere Klage euer Herz rührt und euer Mitleid weckt!
 Deutsche Schweftern, hört unsern Verzweiflungsschrei! Wir können das Uebel, was der Unterdrückung, der Demütigung und Kränkung nicht mehr ertragen.“

Zeit sieben Jahren hält ein grausamer Geiniger unser Land nieder.

Geistiger Verkrüppelung und sittlicher Verwahrnis aufgeliefert, sehen wir unsere lieben Kinder in den Händen der Feinde, und niemand von den Mächtigen der Erde schenkt diesen weifchen Untaten auch nur leiseste Beachtung!

So hört wenigstens ihr uns, deutsche Schweftern, hört und merkt es gut, wie im deutschen Südtirol dem deutschen Volkstum die schwerste Schmach angelan wird, die es je erlitten hat, wie die verkommensten Sendlinge Roms am Fuße des Kolingartens Deutsche mißhandeln und zertreten dürfen...“

Dieser „Schrei der Mütter“ kontrastiert ziemlich stark mit der Auffassung des „Völkischen Beobachters“, der in treuer Gefolgschaft des großen Nachahmers Mussolinis, Adolf Hillers, die Abwehrbewegung gegen den Faschismus einen „Apfelsinenkrieg“ genannt und sich über die Deutschen in Südtirol lustig gemacht hat. Aber man braucht nicht bis München wandern, um festzustellen, daß trotz aller Schreie die alldeutsch-faschistischen Herzen höher schlagen, wenn der Name Mussolinis genannt wird. Auch auf judendeutschen Boden sind sich die Blätter, die das Salentkrenz im Schilde führen, nicht darüber einig, ob man zugunsten Südtirols auf die faschistischen Ideale oder zugunsten des Faschismus auf die völkische Treue gegen die Deutschen Südtirols verzichten soll. Während das genannte Blatt in Eger den Aufruf veröffentlicht, der Mussolini einen „grausamen Geiniger“ nennt und in ihm den „verkommensten Sendlings“ Roms sieht, bricht ein anderes völkisches Blatt — du kennst den Schützen, suche keinen andern! — eine Lanze für den blutbedeckten Diktator. Der Auffiger „Tag“ ist also der Meinung, daß es zwar unklug sei, jetzt überhaupt eine Meinung über Mussolini zu haben, daß man aber immerhin ohne Kommentar einen Hymnus vom Stapel lassen kann, der „lediglich die Ansicht unseres reichdeutschen Mitarbeiters“, eines sicheren Herrn — er“, der des öfteren als Leitartikler des „Tag“ fungiert, wiedergibt. — er“ hat Mussolini einen Blütenkranz aus deutschem Eichenlaub und faschistischem Lorbeer gewunden, aus dem wir die reichsten Blüten pflücken wollen:

„Mussolini ist kein Mann der Rästel, kaum ein allzu großer Diplomat, aber eine Persönlichkeit. In den leidenschaftlichen Debatten über seine Reden, die in der gesamten Welt-pressen ungeheures Aufsehen erregten, möchten wir doch eines nicht vergessen: daß dieser Mann einsam ist in Europa, daß er ein glühender Patriot ist und daß er der Feinde mehr zählt als Tropfen im Meere...“

Heute indessen hat der jüdische Polyp seine Fingernägel um die ganze Welt ausgestreckt, seine Macht ist ungeheuer, seine Gegner sind gering. Heute hat das Judentum und die Weltfinanz ein dringendes Interesse, seine Machtstellung zu „konsolidieren“ und den Raub zu sichern. Eben daraus entspringen die tieferen Grundlagen der jüdischen Gegnerschaft jeder Autokratie auf nationalem Boden und man kann sich den Kerger der jüdischen Drahtzieher denken, als sie zwar durch den Krieg die Landeshäupter entthronten, aber dunkelm Vöbel aber ein Diktator emporsieg, der aus seiner Unberechenbarkeit und ohne Kontrolle durch die jüdisch-demokratischen Parlamente alle Pläne des Weltjudentums durchsetzen kann. Der Kampf ging latent gegen Mussolini (Matteotti-Mord auf das Konto des Juden Finzi, der Mussolini fast aus dem Sattel gehoben hätte), der von jüdischen Liebliebenern umdrängt wurde. Der Kampf wurde offen, als Mussolini die Freimaurerei und die Marxisten durch Verbote in ihren Wurzeln traf.

Es ist bedauerlich, daß sich italienische Chauvinisten dazu anhegen lassen, die deutsche Minderheit in Südtirol zu bedrohen, so lange wir aber nicht die Weisheit haben, daß die Egerer und Drahtzieher dieser Sache nicht blosser Juden und von Juden bezahlte Agenten, provocateurs sind, so lange können wir unser endgültiges Urteil über die Bestimmung des italienischen Volkes nicht fällen. Die Verheerung, die systematisch von jüdischer Seite vor dem Kriege betrieben wurde, läßt uns vielmehr vermuten, daß andere Hintergründe bestehen, warum die hebräische Welt-pressen nun auf einmal Krotobilstränen um Südtirol vergießt, das bekanntlich ein demokratisch-jüdisches Ministerium annektierte. In Wirklichkeit ist die ganze Angelegenheit maßlose Schaumflügerei und die

Folge war die Erbitterung Mussolinis auf Deutschland, das ja heute jeder gefahrlos beschimpfen kann. Daß Mussolini in die ihm gekelte Falle lief, zeigt nicht nur Mangel an taftvoller Voraussicht, sondern auch an diplomatischem Geschick.

Wenn ein deutscher Außenminister einen Aus-gleich hätte finden müssen, so war es der mit Italien.

Immerhin sind wir Subtendenden Mussolini wenigstens insofern zu Dank verpflichtet, daß er unsere inneren tschechoslowakischen Verhältnisse der Welt mitgeteilt hat. Aber über den Freimaurender Vened und die gesamte Regierung schweigt die Welt-pressen wie ein Mann und enthält damit ihr wahres Freundschaftsgesicht für unterdrücktes Deutschland. Mussolini soll gestürzt werden, hierzu ist jedes Mittel recht. Daß wir Deutschen uns aber als Sturmbock gebrauchen lassen, das ist vergebliche Mühe. Die Südtiroler Frage wird gelöst werden. Aber nicht, bevor Deutschlands inneres Problem gelöst ist. Und davon wird man uns auch mit Geschrei, Lügen und Reden nicht abbringen!“

Wenn einem Mussolini bisher als ein Rästel erschienen sein sollte, so hat — er“ es nun an den „Tag“ gebracht, daß nicht die Zypheis, sondern die Juden dran schuld sind. Sie haben also Matteotti ermordet, wie sie wahrscheinlich auch Erzberger, Rathenau, Eisner, Gareis und die 500 andern Opfer der Reme ermordet haben, damit sie nachher die Schuld auf die Faschisten schieben können. Die Südtiroler Frauen, die in deutsch-nationalen Blättern um Hilfe flehen, sind wahrscheinlich auch „von Juden bezahlte Agenten-provocateurs“. Die Entrüstung der deutschen Presse von dem rein arischen Eugenbergr-Kongern mit seinem halben Tausend Blättern, der zuerst die zum Teil unwahren Marngerichte in die Welt setzte, bis zur Frankfurter Zeitung, oder der Kampf der sozialistischen Presse ist „Schaumflügerei“ und alle Klagen sind „Krotobilstränen“, während die völkische Presse in ihrem Mitleid mit Mussolini, der „in die Falle lief“ und einen gerechten Zorn auf Deutschland haben muß, mit der Wiener Subdelpresse des ungarischen Juden Belesky eines Sinnes ist.

Es ist ja alles so einfach, man muß es nur von der richtigen Seite anpacken. Dieser Mussolini ist halt kein guter Diplomat, aber ein Liebling der Völkischen wird er sein und ihr Lebttag bleiben. Darum ist auch die Schlussfolgerung des „Tag“ von dem ganzen Aufruf von völkischem Irrsinn und faschistischer Frechheit das einzig Vernünftige:

„Die Südtiroler Frage wird gelöst werden. Aber nicht bevor Deutschlands inneres Problem gelöst ist.“

Das Rämliche meinen wir auch. In Deutschland und in Italien müssen die Arbeiter das faschistische Gefindel mit einem eisernen Besen auskehren, dann werden beide Länder Ruhe haben und sich untereinander vertragen können!

In jede Arbeiter- und Gemeindeblüherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:
„Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Neues vom Sinclair.

Neu sind die drei Romane Upton Sinclairs („Die Metropole“, „Die Wechler“ und „Der Industriebaron“), die der Welt-Verlag eben herausgibt, eigentlich nicht: sie sind bereits vor vielen Jahren in einem hannoverschen Winkelwägel in einer schauerhaften Uebersetzung erschienen und sind seit langem vergriffen. Der Welt-Verlag, der eine Gesamtausgabe der Romane Sinclairs vorbereitet, hat uns nun die drei Romane, die in seinen Einzelausgaben bisher fehlten, wirklich neu gegeben.

„Die Metropole“ und „Die Wechler“ bilden eine Einheit. Die beiden Werke sind, kurz nach dem „Sumpf“ entstanden, im „Sumpf“ hat Sinclair das Amerika von unten geschildert, das Leben und Sterben des amerikanischen Proletariats, die raffinierten Ausbeutungsmethoden im Lande der angeblichen Freiheit, die grauenhaften Verhältnisse auf den Fleischbänken Chicagos, die Käuflichkeit der Presse, alles von unten gesehen. „Die Metropole“ und „Die Wechler“ zeigen uns Amerika von oben, von den Höhen und Niederungen seiner Bourgeoisie gesehen, die Korruption dieses Bürgerturns, die Herzlosigkeit dieses Kapitalismus, seine Geld- und Machtgier, unmäßiger Luxus und wahnstinnige Verschwendung, die Käuflichkeit seiner Richter und seiner Presse die Hohlheit und Unwahrscheinlichkeit seines angeblichen Gesellschaftslebens. Mit souveräner Kraft, nur durch die Sprache der Schilderung wirkend, niemals vor sein Werk tretend, reißt Sinclair die Maske herunter von der eisenen Frage dieser kapitalistischen

Volkswirtschaft.

Zu den Lohnverhandlungen in der tschechisch-österreichischen Textilindustrie.

Die Unternehmer beharren auf ihrem ablehnenden Standpunkt. — Die Verhandlungen nach fünfzigtägigen Verhandlungen zerfallen.

Auch der gestrige Verhandlungstag brachte keine Einigung. Die Unternehmer boten zuletzt eine einmalige Teuerungszulage nach dem Schema der vorjährigen Zulage, wobei sie sich noch eine Verschiebung verschiedener Branchen in niedrigere Klassen leisteten. Darnach schwankt das Angebot der Unternehmer zwischen 70 und 200 Kronen als einmalige Teuerungszulage für ein ganzes Jahr. Ferner sollen die Lohnobergrenzen und die „Existenzbedrohnen“ Firmen überhaupt von jeder Bezahlung einer Zulage ausgeschlossen werden. Es ist klar, daß die Arbeitervertreter auf ein derartig niedriges Angebot nicht eingehen konnten. Sie verlangten als äußerstes eine Gleichstellung mit dem Brünner Protokoll. Die Unternehmer lehnten es ab, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln und verlangten, daß die Arbeitervertreter der Arbeiterschaft ihren letzten Vorschlag vorlegen sollen, wobei der Verhandlungsleiter Ing. Dauska ironisch bemerkte, daß damit die „erste Etappe“ der Verhandlungen beendet werden könne. Dies das Schlusswort der Unternehmer nach fünfzigtägiger mühsamer Verhandlung. Fürwahr ein Ergebnis, das die Arbeiterschaft erkennen läßt, wie brutal die Unternehmer die Ausbeutung des Proletariats durchzuführen.

Die Arbeiterschaft wird den Bericht zur Kenntnis nehmen, aber dieser Bericht wird keinesfalls dazu beitragen, die Ruhe in den Betrieben zu fördern. Den Unternehmern sei heute schon die Warnung zugerufen, daß die Verantwortung für die kommenden Ereignisse voll und ganz auf sie fällt. Die Vertreter der Arbeiterschaft, die sich redlich bemüht haben, eine Einigung zustande zu bringen, lehnen von vorherin jede Verantwortung ab.

Ein sozialistischer Weltwanderungskongreß.

18. bis 21. Mai 1926 in London.

Die wirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit, die willkürlichen Umstellungen in der kapitalistischen Produktion und die damit zusammenhängenden unberechenbaren Entwicklungen auf allen Wirtschaftszweigen haben in neuester Zeit das Wanderungsproblem ganz besonders in den Vordergrund gerückt. Auf allen Seiten wird man sich der Notwendigkeit einer prinzipiellen und praktischen Lösung der Wanderungsfrage immer mehr bewußt und Konferenzen und Kongresse tragen dazu bei, unhaltbare Zustände aufzudecken und das Interesse aller Betroffenen, d. h. der Arbeiter, Unternehmer und des Staates, für einheitliche und endgültige Maßnahmen zu wecken. Speziell für die Arbeiterschaft ist angesichts des erhöhten Einflusses ihrer Organisationen und Vertreter auf die Regierungen und die öffentliche Verwaltung der Augenblick gekommen um ihre Stellungnahme zu diesem Problem genau zu umschreiben.

In dieser Erkenntnis hat der im Jahre 1924 in Prag abgehaltene Wanderungskongreß u. a. den internationalen Gewerkschaftsbund beauftragt, alles auf dem Gebiete der Wanderungsfrage verfügbare Material zu sammeln, um einer späteren Konferenz die Festlegung von Richtlinien für die Organisierung des Wanderungswesens und die Zusammenfassung der verschiedenen im Interesse der Durchführung der getroffenen Regelungen zu errichtenden Körperschaften zu ermöglichen.

Im vergangenen Jahre setzte sich dann die Sozialistische Arbeiter-Internationale (S. A. I.) auf Grund eines auf ihrem letzten ordentlichen Kongreß gefassten Beschlusses mit dem J. G. B. in Verbindung, um im Hinblick auf die Lösung dieses Problems die engste Zusammenarbeit herbeizuführen.

Demzufolge wurde auf einer im Dezember 1925 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des J. G. B. und der S. A. I. zur Durchführung der Vorbereitung für diesen Kongreß eine gemeinsame Kommission von je drei Mitgliedern der beiden Körperschaften gebildet (L. Joubaux, C. Mertens, J. W. Brown für den J. G. B. und C. T. Cramp, L. de Brouckere und S. Diamond für die S. A. I.).

Diese gemeinsame Kommission hat am 20. Jänner in Paris ihre erste Sitzung abgehalten und beschlossen, die Landeszentralen des J. G. B. die Sektionen der S. A. I., die internationalen Berufssekretariate sowie verschiedene, dem J. G. B. nicht angehörige, an der Wanderungsfrage speziell interessierte Landeszentralen zu einem vom 18. bis 21. Mai in London anberaumten Welt-Wanderungskongreß einzuladen, der von den Landeszentralen und den Sektionen der S. A. I. von im Maximum acht und den internationalen Berufssekretariaten von im Maximum 3 Delegierten besetzt werden kann.

Den Verhandlungen des Kongresses wird ein vom J. G. B. aufgestellter Bericht über das Wanderungswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung zugrundegelegt werden. Dieser Bericht gibt u. a. Auskunft über die Anwerbungs- und Einschränkungsverfahren in den verschiedenen Ländern, den Schutz der Einwanderer (Internationale Vereinbarungen und Institutionen für die Unterstützung der Ein- und Auswanderer), die Organisierung der Einwanderer, die Wanderungsgesetze sowie die Konventionen und Empfehlungen des Arbeitsamtes, die Uebereinkommen der internationalen Berufssekretariate, die wirtschaftlichen Faktoren der Wanderungsfrage, die Beschlüsse, Auffassungen usw. der Landeszentralen und internationalen Wanderungskongressen, endlich präzise Vorschläge für eine internationale Wanderungspolitik, sowohl in prinzipieller Hinsicht als auch bez. die anzuwendenden Methoden.

Ein internationales Schienenkartell.

Die Gründung eines internationalen Schienenkartells, die ohne Zweifel der Errichtung eines ev. internationalen Eisentrüsts vorangehen wird, bildete schon im Sommer und Herbst 1925 den Gegenstand von Besprechungen in Brüssel, die aber an der Quotenfrage scheiterten. Laut einer Meldung aus Brüssel sollen nun die Bemühungen so weit gediehen sein, daß zunächst ein Schienenkartell zwischen den deutschen, belgischen und luxemburgischen Wagnerwerken gesichert erscheint. Wichtige Fragen, wie Quotenverteilung, Preisgestaltung usw. harrten aber noch der Regelung. Ebenso sind die Verhandlungen mit den bestehenden englischen und französischen Schienenkartellen zwecks Beitritt zu diesem Syndikat noch nicht abgeschlossen.

Da Frankreich, dessen Eisenwerte ihre Produktion ungefähr auf ein halbes Jahr hinaus ausverkauft haben (Spekulationskäufe des französischen Handels und Konsums im Hinblick auf die weitere Franc-Baisse) im Laufe der Zeit noch den Vorteilen auch die Nachteile der Inflation zu spüren bekommen wird, ist es möglich, daß es zu Zusammenfassungsverhandlungen eher zu haben ist als früher, wo es seine jetztweiligen günstigen Aussichten nicht durch bindende Abmachungen begrenzen wollte. Trotzdem wird es aber ohne Zweifel noch lange dauern, bis eine Einigung erzielt werden kann. Denn — wie aus der obigen Brüsseler Meldung hervorgeht — die Quotenverteilung ist auch bei diesem angeblich „gesicherten“ Kartell noch nicht geregelt und bei Bemühungen, die sämtliche Fabrikate der Eisenindustrie umfassen sollen, dürften die Schwierigkeiten noch erheblich größer sein.

Bestien, denen der Schweiß und das Blut, das kleine Verreden ihrer Arbeitssklaven, denen gedrohen Herzen und gebrochene Existenzen nichts sind, und ihr Geld alles. „Man kauft ein Stück Land, belastet es mit einer möglichst großen Hypothek, errichtet ein Millionen-Dollar-Gebäude, das man ebenfalls belastet. Dann gründet man eine Trust-Gesellschaft, macht große Reklame, verspricht hohe Dividenden, — und die Leute kommen auch schon geflossen. Man belastet die Aktien der Gesellschaft, Nummer Eins, läßt sich von Strohmänn-Direktoren Geld leihen und kauft eine zweite Trust-Gesellschaft. — Es ist verlockend, in den Bänken zu spielen, je mehr Konten man hat, desto öfter wird man in den Zeitungen erwähnt: und desto größeres Vertrauen genießt man beim Publikum.“ Durch die Handlung dieser beiden Bücher schreitet ein Mann, Allan Montagne, der vom Land nach New-York kommt und dort durch verwandtschaftliche und gesellschaftliche Bindungen Zeuge wird aller dieser Orgien der Phänen und Hattische, der sich halb schauernd abwendet von ihrer Brutalität und geistigen Leere. „Was wollen Sie tun?“ — „Ich werde mich ganz der Politik zuwenden. Werde aus allen Kräften zur Aufklärung des Volkes beitragen. Vielleicht liegt bei der Masse die Rettung aus aller Not.“ — Mit diesen Worten schließen „Die Wechler“ nach einem grandios geschilderten Bösenkrach, den wir in allen Einzelheiten erleben. Montagne hat den Weg zum Proletariat, zum Sozialismus gefunden. Und mit ihm alle Leser dieses aufwühlenden Werkes, die noch an eine Gerechtigkeit, an eine Menschlichkeit im Kapitalismus geglaubt haben.

Der dritte Roman „Der Industriebaron“, in der billigen Welt-Bücherei (pro Band 1 Mark, die beiden anderen Werke broschiert je 2 Mark) erschienen, ist noch älteren Datums, da hat uns Sinclair das Bild eines kapitalistischen Ungeheuers, des Industriebarons Robert von Kesseler, absonterlich, in all seiner Vier nach neuem Reichtum, in all seinem Zynismus: aber er schildert uns ihn doch noch nicht ganz als herzlose Bestie, nicht ganz als eine hilflose Maschine, die nicht unerschüttert bleibt über ein zerbrochenes Menschenleben.

Der Welt-Verlag, der schon soviel für die Verbreitung guter sozialistischer Literatur und insbesondere für die der Bücher Sinclairs getan hat, hat auch diese Bände wieder in einer überaus geschmackvollen und doch relativ billigen Ausgabe herausgebracht. Die Uebersetzung von Hermannia zur Mühlen ist von einer erfrischenden Klarheit; das Ausmergen gewisser Härten, die sich hin und wieder — nicht allzu oft — ergeben, wird bei der zweiten Auflage wohl nicht vorräumt werden.

Upton Sinclair, der große sozialistische Erzähler, wird heute von Zehntausenden gelesen; er hat durch seine Werke die Herzen und Hirne Unzähliger revolutioniert, für die Sache des Sozialismus entflammt. Und doch ist es immer wieder notwendig, auf diesen großen Schriftsteller und Menschen hinzuweisen. Lest diese Bücher und ihr werdet immer von neuem die Hohlheit dieser Bourgeoisie, ihrer Vergnügungen, ihrer Menschlichkeit, nein, ihrer Tierlichkeit erkennen! Schenkt diese Bücher und ihr werdet der Sache des Proletariats, der Sache der Ausgebeuteten und Unterdrückten, neue Kämpfer gewinnen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Trauer-Abteilung Busch Damen- und Backfisch Konfektion

Frühjahr 1926

Wir sind vorbereitet!

Die neuesten und schönsten Anzüge, Raglans, Überzieher, Gummimäntel, Waterproofs, Kosen, Lederjoppen, Hüte, Kappen, Wäsche usw.

für Herren und Knaben in riesiger Auswahl zu niedrigsten Preisen auf Lager.

Besuchen Sie uns!

Stránský - Hybernská

Wir vertreiben OPTIMUS

den bekannten Vervielfältiger für Hand- und Maschinenschrift Generalvertreter für C. S. R. L. & G. Halphen, Prag, Mikuláská 22a

GRAF'S RINDSUPPE WÜPFEL IN DER SILBERPACKUNG

Ob Stadt, ob Land, die Natur hat jedem etwas zu sagen, nur sind die Wege zu diesem Wissen oft versperrt.

Kinder- und Knabenleiderhaus "Orsch", Prag, Telega 14, offeriert Frühjahrsüberzieher und Anzüge vom Billigsten bis zum Allerfeinsten fertig am Lager.

Kunst und Wissen.

Einmaliges Gastspiel Richard Schubert: "Tristan und Isolde".

"Aida" und "Tosca" mit Alfred Picaver und Violetta de Strozzi.

Hand Gals Oper "Die heilige Ente" wird Samstag nach gründlicher Neueinstudierung wieder im Repertoire erscheinen.

Die nächste Schauspielerei der Kleinen Bühne bildet der Schwan "Jonny's Busenfreund" von Walter Ellis.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Sonntag nach "Mascottchen", abends Bankbeamtenvorstellung "Die Zauberflöte".

Dienstag halb 8 Uhr abends "Die Teresina", Mittwoch halb 8 Uhr "Die Insel der Affen".

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag nachm. "Charleys Tante", abends "Die Mama vom Ballett".

Bereinsnachrichten.

"Urania".

Wochenprogramm:

Heute, halb 11 Uhr: "Laba", Kulturfilm. Montag, 8 Uhr: "Cello-Abend".

Mittwoch, 8 Uhr: "Laba", Kulturfilm. Dienstag, 7 Uhr: "Franz von Assisi".

Mittwoch, 8 Uhr: "Kindermärchen-Nachmittag" mit Filmen und Lichtbildern.

Mittwoch, 6 Uhr: "Erziehungsberatung".

Mittwoch, 8 Uhr: "Gedrucktes und Ungedrucktes".

Donnerstag, 8 Uhr: "Lieder- und Balladenabend".

Freitag, 7 Uhr: "Grillparzer und das bayerische Barock".

Freitag, 8 Uhr: "Goethe und Karlsbad".

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitgliederten-Erneuerung und Mitglieder-Anmeldungen.

Modernes Bildungsinstitut "Urania". Neue Vortragsreihe:

Bilder aus der modernen Literatur.

1. Hofrat A. Sauer: "Grillparzer und das bayerische Barock".

2. Univ.-Prof. Geseemann: "Gogol".

3. Univ.-Prof. Funke: "G. W. Wells".

Voranzeige. Die Gitarre im Solospiel zum ersten Male in Prag!

"Uran-Urania-Kino".

"Das gefährliche Alter" (Später Frühling). Die Tragik eines Frauenlebens!

Sozialdemokratische Studentengruppe. Dienstag, den 2. März, 8 Uhr abends.

Freier Radiobund, Zweigstelle Prag. Morgen, Montag, den 1. März, findet im "Verein deutscher Arbeiter".

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Prag II.

Rastenball der "Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter in Prag".

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 2. März, 8 Uhr abends im "Verein deutscher Arbeiter".

Turnen und Sport.

"Moralfragen" des Amateurrismus.

Offene Worte über die Moral im bürgerlichen Amateur-Fußballsport.

In der tschechischen Zeitschrift der Berufsspieler sind, waren einst Amateure, und obgleich wir selbstverständlich nur Pseudamateure waren.

Auch wir, die wir jetzt diplomierte Berufsspieler sind, waren einst Amateure, und obgleich wir selbstverständlich nur Pseudamateure waren.

seid die ersten Amateure, die unseren Sport außerhalb der Grenzen repräsentiert haben.

DGK. (2. Prof.) schlagen Slovan VII 12:1 (5:0). Dieses am Samstag ausgetragene Spiel sah die zweite Profi-Garnitur der Blauweissen als überlegene Sieger.

Bereitet den "Sozialdemokrat".

Herausgeber Dr. Ludwig Egerch Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riecher.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

WARUM? Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!